



Working Group

**Socio-Economics of Forest Use
in the Tropics and Subtropics**

Reiner BUERGIN
Christl KESSLER

**Das Janusgesicht der Zivilgesellschaft:
Demokratisierung und Widerstand im
thailändischen Umweltdiskurs**

SEFUT Working Paper No. 6

Freiburg

Dezember 1999

ISSN 1616-8062



Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

The **SEFUT Working Papers Series** is published by the Working Group Socio-Economics of Forest Use in the Tropics and Subtropics at the University of Freiburg. The Series is available electronically on the Freiburger Dokumentenserver (FreiDok): <http://www.freidok.uni-freiburg.de/freidok/>

© Copyright is held by the author or authors of each Working Paper. Permission to reproduce material of the Working Papers will be given, provided that full reference to the authors, title, series title, date and place of publication are given.

SEFUT Working Papers Series Editors

Prof. Dr. Thomas Krings
Institute of Cultural Geography, University of Freiburg

Prof. Dr. Gerhard Oesten
Institute of Forestry Economics, University of Freiburg

Prof. Dr. Stefan Seitz
Institute of Ethnology, University of Freiburg

Managing Editor

Dr. Reiner Buergin
Working Group Socio-Economics of Forest Use in the Tropics and Subtropics

Correspondence should be addressed to:

Reiner Buergin
Working Group Socio-Economics of Forest Use in the Tropics and Subtropics
Tennenbacher Str. 4 (Herderbau)
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
D-79085 Freiburg

reiner.buergin@uni-freiburg.de

<http://www.sefut.uni-freiburg.de/>

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3
1. Zivilgesellschaft: der Begriff im Demokratisierungsdiskurs Thailands.....	5
2. Zivilgesellschaft als Widerstand: ein historischer Rückblick	7
3. Die Nam-Choan-Kontroverse: Widerstand öffnet sich Räume	12
4. Eukalyptusplantagen: Umweltdiskurs wird instrumentalisiert in Verteilungskonflikten.....	17
5. Community Forestry: vom lokalen Widerstand zur nationalen Gesetzgebung .	21
6. Die Chom Thong Kontroverse: das andere Gesicht der Zivilgesellschaft	27
7. Karen in Thung Yai: Rassismus und Staatsterror	33
8. Aktion und Reaktion: Zivilgesellschaft als dialektischer Prozeß.....	38
Literaturverzeichnis	43

Einleitung

Seit dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus erlebt der Begriff der Zivilgesellschaft eine Renaissance, auch in Kreisen, die sich nicht der Euphorie des historischen Sieges des Kapitalismus über das 'kommunistische Übel' hingeben. Der Begriff hat Konjunktur, quer durch die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften über die Geographie bis hinein in die entwicklungspolitische Praxis. Insbesondere im Zusammenhang der Globalisierungsdebatte und der Diskussion um Demokratisierungsprozesse, hat sich der Begriff zu einem zentralen Konzept der Gesellschaftstheorie entwickelt.

Für die einen ist er stolzes Siegesbanner des 'Westens' und Synonym für das 'Nicht-Totalitäre' schlechthin (Madison 1998), für die meisten unerläßliche Voraussetzung moderner pluralistischer demokratischer Gesellschaften (z.B. Keane 1988; Hall 1995; Janoski 1998), für andere utopischer Entwurf einer gerechteren Gesellschaft (z.B. Cohen/Arato 1992) oder zumindest mehr oder weniger bescheidener Hoffnungsträger für emanzipatorische Spielräume in einer Zeit der globalen Ökonomisierung und des Verlusts der großen Utopien (z.B. Kößler/Melber 1993; Demirovic 1997; Heins 1998; Lipschutz 1998). Selbst diejenigen, die den Begriff so fest in der Hand der "Toscana-Fraktion, Kommunitaristen oder NGO-Lobbyisten" wähen, daß er für eine ordentliche Revolution nicht mehr zu gebrauchen ist (Parsdorfer 1999:30), kommen nicht umhin, sich vehement von ihm abzugrenzen.

Die Auseinandersetzungen auf diesem neuen diskursiven Schlachtfeld drehen sich auf einer eher theoretisch-normativen Ebene um die Definition des Begriffs der Zivilgesellschaft und die Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft. Auf einer eher praktisch-strategisch orientierten Ebene wird um das 'emanzipatorische' Potential einer Zivilgesellschaft und die Rolle des Staates in einer sich entwickelnden 'Weltgesellschaft' gestritten. Untersuchungen, die sich dem Phänomen Zivilgesellschaft empirisch nähern, sind bisher eher die Ausnahme.

Der vorliegende Beitrag versucht eine solche empirische Annäherung für das Beispiel Thailand. Er analysiert die Entwicklung der thailändischen Zivilgesellschaft als einen dialektischen Prozeß, der im Kontext öffentlich ausgetragener Umweltkonflikte und eines dadurch erweiterten politischen Raumes stattfindet.

Hierfür benutzen wir eine sehr breite, nicht-normative Bestimmung von 'Zivilgesellschaft'. Als zivilgesellschaftliche Akteure begreifen wir nichtstaatliche und nicht primär profitorientierte gesellschaftliche Akteure (Gruppen, Organisationen und Bündnisse), die sich über die gesellschaftlichen Verhältnisse auseinandersetzen, diese reproduzieren, in Frage stellen, sie aushandeln und verändern. In dieser Konzeption beinhaltet Zivilgesellschaft - verstanden als Summe der zivilgesellschaftlichen Akteure und ihrer Interaktionen - sowohl reproduktiv-stabilisierende wie auch selbst-reflexive, transformatorische Aspekte.¹

Die Auseinandersetzung dieser zivilgesellschaftlichen Akteure findet statt im politischen Raum, den allerdings nicht nur zivilgesellschaftliche Akteure bevölkern. Hier

¹ 'Globale' oder 'transnationale' Zivilgesellschaft konstituiert sich demnach in dem Maße, in dem als global, international oder supranational definierte Verhältnisse, Beziehungen, Institutionen, Probleme von nicht-staatlichen und nicht-'suprastaatlichen' Akteuren (von Nationalstaaten legitimierte und getragene überstaatliche Organisationen wie z.B. UNO, WTO, EU, ASEAN) wahrgenommen, diskutiert, ausgehandelt und transformiert werden.

treffen staatliche auf nicht- staatliche Akteure, profit-orientierte Akteure auf Non-Profit-Organisationen. In Zeitungsredaktionen, Parlamenten, Parteibüros, Gerichtssälen, auf Marktplätzen und ministerialen Herrentoiletten materialisiert sich der politische Raum am konkreten Ort. Hier werden Bündnisse geschlossen und Konflikte ausgetragen.

Der Öffentlichkeit als Teil des politischen Raumes kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als gesellschaftlich weniger mächtige Akteure zur Durchsetzung ihrer Interessen in weit stärkerer Masse auf Öffentlichkeit angewiesen sind als gesellschaftlich mächtigere, die einfacher Zugang zu anderen Bereichen des politischen Raumes haben.

Je mehr dieser politische Raum ausgeweitet wird, je mehr Akteure und Individuen die Chance haben, sich am Aushandeln der gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv und einflußreich zu beteiligen, umso mehr wird man von einer demokratischen Gesellschaft sprechen können.

Zivilgesellschaft als ein Teil des politischen Raumes ist mitnichten eine Sphäre des herrschaftsfreien Diskurses. Aber sie ist ein Raum, in dem Chancen für vielfältige Bündnisse bestehen und zu Zeiten auch schwächere gesellschaftliche Gruppen fähig sind, Interessen gegenüber Mächtigeren durchzusetzen, ein Raum, in dem gesellschaftliche Verhältnisse auch geändert werden können.

In Thailand wurde der politische Raum bis in die 30er Jahre dieses Jh's von Königshaus und Adel dominiert und war weitgehend identisch mit dem Staat, der als moderner Nationalstaat vom siamesischen Herrscherhaus um die Jahrhundertwende etabliert worden war.

Die Öffnung des politischen Raumes erfolgte zunächst im Zusammenhang der Abschaffung der absoluten Monarchie und der Öffnung des Staatsapparates für breitere gesellschaftliche Eliten, wirtschaftliche und intellektuelle. Seither wurde und wird dieser Raum in Thailand im wesentlichen dominiert durch die staatliche Bürokratie (und an erster Stelle das Militär) einerseits, andererseits durch die lokal und regional einflußreichen 'Paten' ('chao pho'), die meist aus der Geschäftswelt kommen.

Seit den 70er Jahren dringen aber zunehmend auch schwächere zivilgesellschaftliche Akteure (Studentenorganisationen, NGOs, POs²) in diesen politischen Raum vor und bringen eigene Interessen ein.

In diesem Papier gehen wir der Frage nach, wie es diesen eher 'schwachen' zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingt, politisch wirksam zu werden, Interessen gegenüber Staat und Machteliten durchzusetzen, Machtverhältnisse zu ändern, und wie Staat und Eliten im Gegenzug auf diese Herausforderungen und Demokratisierungsprozesse reagieren.

² Unter POs ('Peoples Organisations') werden, im Unterschied zu NGOs ('Non Governmental Organisations'), Gruppen verstanden, die maßgeblich ihre eigenen Interessen vertreten, sich als Betroffene zur Selbsthilfe und in Eigenverantwortung zusammenschließen. NGOs hingegen sind, vor allem im thailändischen Kontext, häufig Organisationen, die in politischen Debatten Stellvertretercharakter haben, da sie eine bestimmte Klientel vertreten. So zum Beispiel die NGOs der ländlichen Entwicklung, deren Mitarbeiter selbst meist eine universitäre Ausbildung haben und aus dem Mittelstand kommen, die aber die Interessen der Landbevölkerung vertreten. NGOs betreuen und organisieren häufig eigene Projekte im Entwicklungsbereich oder auch im Sozial- und Gesundheitswesen, verfügen oft über eine Verwaltungsstruktur in Form von Büros und, wenn auch tendenziell schlecht bezahlten MitarbeiterInnen, während POs weniger 'materielle' Infrastruktur aufweisen. Die Übergänge zwischen PO und NGO sind allerdings fließend.

1. Zivilgesellschaft: der Begriff im Demokratisierungsdiskurs Thailands

Auch in Thailand hat der Begriff der Zivilgesellschaft Konjunktur. Hier ist er zentrales normatives Konzept im nationalen Demokratisierungsdiskurs. In der gängigen Auffassung ist die Zivilgesellschaft der Ort der fairen, demokratischen Konfliktbewältigung und der partnerschaftlichen Kooperation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. In ihr bestimmt weder die Macht des Staatsapparates noch die Macht des Geldes den Ausgang einer Auseinandersetzung, sondern lediglich das bessere Argument im rationalen Diskurs. Zivilgesellschaft wird in diesem Verständnis fast schon zum Synonym für eine demokratische Gesellschaft schlechthin.

Jenseits dieses normativen Gehalts hat der Begriff auch eine empirische Bedeutung: wer in Thailand von Zivilgesellschaft spricht, meint meist die verschiedensten 'nonprofit' Organisationen (oder NGOs im weitesten Sinne), angefangen von Wohltätigkeitsorganisationen und Berufsverbänden über das breite Spektrum der 'public interest' Organisationen (NGOs im engeren Sinne), bis hin zu unabhängigen Forschungsinstitutionen.

Als konstitutiv für die Zivilgesellschaft - im normativen wie im konkreten Sinne - gelten die demokratischen Grundrechte einer bürgerlichen, repräsentativen Demokratie: freie Meinungsäußerung, Organisationsfreiheit, Freiheit der politischen Betätigung.

Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft ist in diesem Verständnis ein ambivalentes: einerseits braucht die Zivilgesellschaft eine starke Staatsmacht, die diese Rechte garantieren kann, andererseits muß eine starke Zivilgesellschaft die Macht des Staatsapparats beschränken und kontrollieren, um diese Freiheitsrechte gegen staatliche Übergriffe zu verteidigen.

Angesichts der nicht eben seltenen Menschenrechtsverletzungen durch die thailändische Polizei und der zähen Kämpfe um die in der neuen Verfassung garantierten demokratischen Rechte, unterstützt dieser Zivilgesellschaftsbegriff, der auf die Konfliktbewältigung im rationalen Diskurs und die staatliche Garantie der Menschenrechte abzielt, emanzipatorische und demokratisierende Prozesse in der Gesellschaft.

Der stark normative Gebrauch des Begriffs Zivilgesellschaft in Thailand beinhaltet aber durchaus auch herrschaftsstabilisierende Aspekte, wenn den Akteuren nur ein begrenztes Spektrum von Handlungsmöglichkeiten zugestanden wird. Zivilgesellschaft findet innerhalb der Regeln der repräsentativen Demokratie statt, in der militante Aktion und radikale Veränderung von Machtverhältnissen nicht auf dem Spielplan stehen.

Wer die Notwendigkeit einer starken Zivilgesellschaft in einer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie beschwört, bemüht oft das Bild der immer komplexer werdenden thailändischen Gesellschaft. Eine solche Gesellschaft könne nicht mehr mit den autoritären Strukturen vergangener Jahrzehnte regiert werden. Strukturen, in denen sich die Entscheidungsmacht in den Händen einer kleinen militärisch-bürokratischen Elite konzentriert, seien den Anforderungen an eine gute Staatsführung nicht mehr gewachsen. Heute, so die Argumentation, könne eine differenzierte Gesellschaft nur durch Mitbestimmung und demokratische Partizipation aufgeklärter Staatsbürger und Staatsbürgerinnen effektiv und effizient regiert werden - die Kompetenzen der mündigen Bürger und Bürgerinnen werden gebraucht, um den vielfältigen Problemen und Aufgaben gerecht zu werden.

Die historische Entstehung einer politisch aktiven Zivilgesellschaft wird in dieser Lesart konsequenterweise mit Modernisierungsprozessen sowie ökonomischer Entwicklung in Verbindung gebracht und meist auf die 80er und 90er Jahre datiert. Ihre immer wichtiger werdende Rolle in dieser Zeit wird nicht zuletzt auf die Unfähigkeit der Staatsbürokratie zurückgeführt, die negativen Effekte der rasanten ökonomischen Entwicklung in den Griff zu bekommen. Die Funktion von Zivilgesellschaft wird in der Unterstützung dieses ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozesses gesehen, in dem Zivilgesellschaft staatliche Entwicklungspolitik vermittelnd, ergänzend und nötigenfalls korrigierend begleitet und so die komplexe repräsentativ-demokratische und kapitalistisch-marktwirtschaftliche Gesellschaft stabilisiert. Dies schließt die Bekämpfung allzu drastischer, destabilisierend wirkender Ungleichheiten nicht aus. Eine grundsätzliche Infragestellung von Machtverhältnissen und Ressourcenverteilungsmechanismen ist in diesem Verständnis jedoch nicht Aufgabe zivilgesellschaftlicher Diskussion und zivilgesellschaftlichen Engagements.³

Hier wird Zivilgesellschaft, über die nationale Ebene hinaus, auch eine wichtige Funktion für die Entstehung einer größeren Asiatisch-Pazifischen Gemeinschaft beigemessen, die sich nicht nur über den gemeinsamen Wirtschaftsraum definieren soll. (Amara 1996a:247; Yamamoto 1996)

Andere, eher rückwärts schauende Vorstellungen von Zivilgesellschaft vertreten die Pro Civil Society NGOs. Die auch als 'Penta-Party' bekannten Gruppen gehen davon aus, daß die nationale Verwaltung auf allen Ebenen auf der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von fünf Bereichen beruhen sollte: Regierung, Wirtschaft, Gemeinden, Intellektuelle und NGOs, in deren lokaler Zusammenarbeit Zivilgesellschaft sich konstituieren soll.

Profit und Gier, die nach dieser Auffassung dem westlichen Entwicklungsmodell zugrunde liegen, sollen durch eine solche Zivilgesellschaft zurückgedrängt werden, während buddhistische Tugenden und traditionelle Werte der thailändischen Kultur gestärkt werden sollen. Auf dieser Basis wäre es dann möglich, einen eigenen thailändischen Entwicklungsweg zu finden und zu gehen, der sich vom westlichen Modell unterscheidet und sich eher an den Merkmalen orientiert, die in diesem Konzept der bäuerlichen thailändischen Kultur und Ökonomie der Vergangenheit zugeschrieben werden. (Nation 6.2.98; 10.3.98; 28.10.98; vgl. auch Jaturong 1995)

Eher eine Minderheit versteht Zivilgesellschaft dagegen stärker als einen Ort der Konflikte und der Auseinandersetzung. Ein Sprecher des Forum of the Poor, eines 1995 gegründeten Netzwerks der bäuerlichen und städtischen Armen, versteht das Forum als Teil der sich entwickelnden Zivilgesellschaft, in der verschiedene gesellschaftliche Gruppen Interessenkonflikte miteinander verhandeln und vergleicht seine Organisation mit den Verbänden von Industrie und Handel: Mit dem Forum der Armen habe auch diese Gesellschaftsgruppe eine starke Interessenvertretung. (Nation 10.12.97; 29.1.97)

Die meisten jedoch sehen die Bedeutung der Zivilgesellschaft in der politischen Willensbildung durch freien Austausch der Argumente und in der Kontrolle des Staatsappa-

³ Mit dieser Argumentation wandte man sich beim Ausbruch der Asienkrise, als das Ausmaß der Verstrickungen von Politik und Finanzwelt in Thailand offenbar wurde, auch gegen eine Rückkehr zur Militärdiktatur. Das tendenziell stabilisierende Verständnis dieses Begriffes wirkt damit nicht nur Veränderungen des Machtgefüges zugunsten bisher benachteiligter Gruppen entgegen, sondern auch Machtverschiebungen zugunsten der alten Eliten aus Militär und Staatsbürokratie.

rates einer bürgerlichen, repräsentativen Demokratie. Nicht alle konstruieren diese Funktion so wenig konfliktiv wie die 'Penta-Party', aber nur eine Minderheit sieht in der Zivilgesellschaft einen Ort der konfliktiven Auseinandersetzung und Verteilungskämpfe um Macht und Ressourcen innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen.

2. Zivilgesellschaft als Widerstand: ein historischer Rückblick

In Thailand sind die Ursprünge dieser Zivilgesellschaft in den frühen Aufstands- und Widerstandsbewegungen der Bauern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (siehe z.B. Tanabe 1984; Chatthip 1984) sowie der Arbeiter und Intellektuellen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu suchen. Die thailändische Zivilgesellschaft bildete sich nicht zuletzt im Widerstand zum Staat und gegen den Widerstand des Staatsapparats.

In den 20er, spätestens in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, kann die Nationalstaatsbildung als abgeschlossen betrachtet werden. In dieser Zeit fand bereits eine öffentliche Diskussion um die Verfaßtheit der thailändischen Gesellschaft statt, wenn auch zunächst fast ausschließlich auf Bangkoks Bevölkerung beschränkt.

Einige Geschäftsleute, mittlere Beamte der neuen Bürokratie und Intellektuelle, durch europäische Ausbildung und berufliche Kontakte zum Westen beeinflusst, stellten die absolute Monarchie in Frage und forderten teilweise eine demokratische Verfassung. Öffentlich wurden diese Ideen in akademischen Debatten und den Anfängen der Presse.

In den anti-kolonialistischen Kämpfen in Thailands Nachbarländern spielten sozialistische und kommunistische Strömungen eine Rolle und die Folgen der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre machten sozialistische und kommunistische Konzepte auch für ärmere Schichten Bangkoks attraktiv. (Hewison/Rodda 1996:47; Chai-Anan 1989:306; Pasuk/Baker 1997:248f)

Die städtische Arbeiterschaft organisierte sich und wurde mit ihren Forderungen und in ihren Streiks zum zivilgesellschaftlichen Akteur. Sie wandten sich auch an die Öffentlichkeit, unter anderem mit der Gründung einer Zeitung während eines besonders harten Streiks 1923. Gewerkschaften waren in dieser Zeit nicht von großem Einfluß, aber die politisch aktive Gruppierung, die die Zeitung gegründet hatte, beschränkte sich nicht nur auf die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, sondern bezog auch Stellung gegen die absolute Monarchie. (Hewison/Rodda 1996:47; zur Rolle der Gewerkschaften: Rüländ/Bhansoon 1993:46-55).

Der Coup von 1932, mit dem die absolute zur konstitutionellen Monarchie wurde, war denn auch begleitet von Streiks in Bangkok und verschiedenen Provinzstädten, unter anderem dem ersten historisch belegten Streik von Frauen in einer Färberei in Bangkok (Pasuk/Baker 1996:169; Ji 1997:50). Ungeachtet dieser Unterstützung durch die Arbeiterschaft, war der Putsch von 1932 mitnichten eine soziale Revolution. Mit der Einrichtung einer konstitutionellen Monarchie verlagerte sich lediglich die Herrschaft von einer dominierenden gesellschaftlichen Gruppe, dem Adel, auf eine andere, das Militär und die Bürokratie.

Für die Zivilgesellschaft als nicht-staatlicher Teil des politischen Raumes, in dem gesellschaftliche Bedingungen und Machtverhältnisse in Frage gestellt und verändert wer-

den, hatte dieser Wechsel kaum unmittelbare Bedeutung, abgesehen von einem Verbot kommunistischer Organisationen von 1933 (das mindestens ebenso sehr durch Machtkämpfe innerhalb der Putschisten wie durch originär anti-kommunistische Haltungen motiviert wurde).

Öffentlichkeit als wichtiger Teil des politischen Raumes konstituierte sich ebenso wie in den 20er Jahren vor allem in der vergleichsweise freien Presse, wobei diese öffentliche Diskussion fast ausschließlich auf Bangkok beschränkt blieb und die des Lesens Unkundigen davon ausgeschlossen waren. Letztere waren vor allem die Frauen. Die meisten siamesischen Männer, auch die der ärmeren Schichten, hatten, der buddhistischen Tradition folgend, einige Monate ihrer Jugend in einem Kloster verbracht und dort häufig auch die Grundzüge des Lesen und Schreibens gelernt. Für die chinesische Bevölkerung in Thailand wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts die protestantischen Missionarsschulen als Sprungbrett in das Geschäftsleben wichtig (Amara 1996b:642).

Eine breitere Öffentlichkeit wurde mit den Radiostationen erreicht, die aber alle fest in staatlicher Hand waren. Bis 1949 wurden die Radiosender entweder vom Postministerium oder vom Ministerium für Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Letzteres war nach dem Putsch von 1932 gegründet worden, um die Öffentlichkeit über das neue politische System zu informieren - ein Indiz für die Existenz einer solchen Öffentlichkeit und für die Bedeutung, die ihr von seiten der neuen Machthaber zugebilligt wurde. Nach 1949 gingen die Radiostationen mehrheitlich in die Hände der Armee über. Damit wurden sie, vor allem in den Umbrüchen der 70er Jahre, zum Instrument des Staatsapparates, und boten für zivilgesellschaftliche Akteure keine Artikulationsmöglichkeit. (Satip 1991:78)

In den 40er und 50er Jahre erweiterte sich der Raum, in dem verschiedenste Akteure sich politisch und gesellschaftlich äußern konnten. Durch die wachsende Macht der Militärs und in der Zeit der japanischen Besatzung im zweiten Weltkrieg war dieser Raum deutlich kleiner geworden. Nach Kriegsende erweiterte er sich zunächst erheblich. Zivile Politiker gewannen wieder an Einfluß, politische Parteien formierten sich - unter anderem die heute älteste Partei Thailands, die Demokraten. Bereits 1948 allerdings war der frühere Premier Feldmarschall Phibun und mit ihm das Militär wieder an der Macht. (Hewison 1996:77)

Eine lose Koalition aus linken Politikern, Journalisten, Schriftstellern und Studenten protestierte gegen die Machtübernahme und wurde mittels eines erneuerten Anti-Kommunistengesetzes wirkungsvoll zum Schweigen gebracht. Die Rivalitäten zwischen verschiedenen politischen und militärischen Führern sorgten jedoch dafür, daß eingeschränkte politische Artikulationsmöglichkeiten trotz der repressiven Bekämpfung grundsätzlicher Opposition erhalten blieben. Presse, Gewerkschaften, Verbände und Parteien existierten weiter, ebenso wie das Parlament, das eine Plattform öffentlicher Auseinandersetzung bot. Die Kampagne für Demokratie, 1955 von Phibun als Schachzug gegen seine politischen Rivalen gestartet, eröffnete weitere Freiheiten. Die Pressezensur wurde gelockert, politische Gefangene freigelassen, weitere politische Parteien zugelassen. Auch linke Positionen wurden wieder öffentlich diskutiert, ein sozialistisches Bündnis entstand, das soziale und ökonomische Gerechtigkeit auf seine Fahnen schrieb. Studentengruppen forderten eine demokratische Verfassung und eine parlamentarische Regierung. (Prudhisan 1992:43f)

Die Kampagne für Demokratie kulminierte in allgemeinen Wahlen, die die Regierungspartei Phibuns durch Wahlbetrug für sich entschied. Demonstrationen und Proteste gegen dieses Wahlergebnis - Manifestationen der Zivilgesellschaft der 50er Jahre - lieferten seinem Rivalen General Sarit den Vorwand zum Putsch. (Chai-anan 1989:311; Prudhisan 1992:45; Hewison 1996:77)

Sarit installierte ein autoritäres Regime, unter dem die Möglichkeiten politischer Artikulation und Organisation drastisch beschränkt wurden. Unter dem Vorwurf des Kommunismus wurden, neben den Kommunisten selbst, jegliche politische Gegner und Rivalen verfolgt. Nach Sarits Tod 1963 setzten seine Nachfolger, Thanom und Prapath, dessen repressive Politik fort. Opposition wurde aus der Öffentlichkeit verbannt. Aber dies bedeutete nicht, daß es keine Opposition gab: trotz Repression erkämpfte sich die Studentenbewegung, unterstützt von Gewerkschaften, zunehmend wieder politischen Raum. 1973 gelang es schließlich, interne Rivalitäten des Militärs geschickt ausnutzend, durch Massendemonstrationen in Bangkok, die Diktatoren ins Exil zu schicken. (Chai-anan 1989:313; Perapong 1992:46; vgl. Pasuk/Baker 1997:299ff; Keyes 1987:82ff)

In der folgenden 'demokratischen' Phase Thailands zwischen 1973 und der erneuten Machtergreifung des Militärs 1976 zeigte sich die Janusgesichtigkeit der Zivilgesellschaft deutlich: erstmals war offene politische Auseinandersetzung möglich, waren gesellschaftliche Interessen- und vor allem Verteilungskonflikte Gegenstand öffentlicher Debatten. Nicht mehr nur rivalisierende Gruppen der Elite kämpften um politische Macht: Gewerkschaften, Bauernverbände, sozialistische Gruppen und die kommunistische Partei wurden zu politischen Akteuren und ernsthaften Gegnern. Die mächtigen Akteure Armee und Bürokratie konnten nicht mehr unkontrolliert agieren und waren damit gezwungen, sich in die Arena der politischen Auseinandersetzung zu begeben.

Damit wurden auch die alten Eliten, die sich zuvor darauf verlassen konnten, dass der Staatsapparat ihre Interessen vertrat, notgedrungen zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich mit staatlichen Akteuren verbündeten. Halbstaatliche Organisationen wie Bürgerwehren wurden zum Kampf gegen Linke agitiert⁴, der alten Ordnung nahestehende buddhistische Kleriker riefen unverhohlen zum Mord an Kommunisten auf, die man nun nicht mehr einfach zum Tode verurteilen konnte, Zeitungen ultrakonservativen Inhalts wurden ins Leben gerufen, die Radiostationen unter Kontrolle des Militärs massiv zu Propagandazwecken genutzt, jegliche Opposition gegen die Interessen von Militär, Bürokratie und ökonomische Elite als kommunistischer Umsturzversuch diffamiert. (Satip 1991:84; Prudhisan 1992:74; Kreuzer 1996:373)

Dabei beschränkte sich die alte Elite nicht auf zivile Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Kommunistische Partei Thailands war angesichts der massiven Repression schon 1965 zum bewaffneten Kampf übergegangen, ohne aber jemals zur ernsthaften militärischen Gefahr zu werden. Nachdem der staatliche Repressionsapparat von Justiz und Polizei nicht mehr zugunsten der alten Machthaber funktionierte, gingen auch diese

⁴ Die Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die sich in diesem Zusammenhang besonders profilierten, waren die Nawaphon, eine Propaganda Organisation der führenden Industriellen, die eine ultranationalistische Ideologie verbreiteten, die Red Gaur, eine Truppe aus ehemaligen Söldnern und Studenten die gewaltsam linke Studentendemonstrationen und Arbeiterstreiks zerschlugen, sowie die Village Scouts, die ursprünglich von den Grenzschutztruppen (Border Patrol Police) in den Dörfern als Bürgerwehren gegen kommunistische Einflüsse eingerichtet worden waren. Gemeinsam war ihnen, daß sie finanzielle und logistische Unterstützung durch hohe Militär- und Polizeioffiziere erhielten. (Prudhisan 1992:74; Pasuk/Baker 1997:307-311)

zum 'bewaffneten Widerstand' über. Allerdings nicht in der Form des Guerillakampfes, sondern mittels politischer Attentate, denen zahlreiche Anführer des bäuerlichen Widerstands, aber auch der radikaleren Studenten- und Arbeiterbewegung zum Opfer fielen. (Keyes 1987:94ff; Perapong 1992:46ff; Brunner 1996:13ff; Ji 1997:88-92; Taylor 1997:43)

Mit dem erfolgreichen Putsch der Militärs 1976 wurde der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln wieder stark eingeschränkt. Ganz zurücknehmen, dies zeigte sich schnell, ließ er sich jedoch nicht: allzu harte Repression trieb die Opposition in den bewaffneten Widerstand der Kommunistischen Partei und auch die immer wichtiger werdenden städtischen Geschäftsleute wollten zwar die Kommunisten oder Sozialisten loswerden, aber doch auch ein Minimum an bürgerlichen und politischen Freiheiten behalten.

General Prem, ab 1981 an der Macht, ließ denn auch in einem kontrollierten Maße politische Aktivitäten zu. Er beendete den kommunistischen Aufstand nicht zuletzt durch eine Amnestie. Die zurückgekehrten DschungelkämpferInnen konnten unter seiner Regierung ihr soziales und politisches Engagement in den Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) fortsetzen. Ihre erste Blütezeit erlebten die politisch aktiven NGOs, meist Organisationen, die in der ländlichen Entwicklung arbeiteten, schon in der demokratischen Phase der 70er Jahre. Damals galten sie jedoch vielen Aktivisten als nicht radikal genug. Ungeachtet dieser Einschätzung wurden auch sie nach dem Putsch von 76 verboten, lediglich Wohltätigkeitsorganisationen der Oberschicht konnten ihre Arbeit fortsetzen. Ende der 70er Jahre, in einer ersten vorsichtigen Liberalisierung nach der Machtübernahme durch das Militär, nahmen etliche NGOs dann ihre Arbeit wieder auf. Viele wurden Anfang der 80er - auch von zurückgekehrten Aufständischen - neu gegründet. (Rüland/Bhansoon 1993:64f; Amara 1996a:246; Karunan 1995)

Seit den 80er Jahren formierten sich zivilgesellschaftliche Akteure vor allem in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um Ressourcenkonflikte, die überwiegend als Umweltkonflikte definiert und ausgetragen wurden. Die Auseinandersetzungen um den Bau des Nam Choan Dammes wurden dabei zu einem Schlüsselereignis der Entwicklung der NGO Szene und Zivilgesellschaft in Thailand. (Rüland/Bhansoon 1993:72f; Pasuk/Baker 1997:390; s.u.)

Die alten Konfliktlinien wandelten nicht von ungefähr ihre Erscheinung. Die ökonomische Entwicklung, besonders der Boom Ende der 80er Jahre, verschärfte Verteilungskämpfe, die sich nicht zuletzt an Konflikten um Land und Wald zuspitzten. Gleichzeitig war die Erinnerung an die Repression und die politische Gewalt der 70er Jahre bei vielen präsent genug, um eine offene politische Konfrontation vermeiden zu wollen. Statt dessen lag der Schwerpunkt vieler Organisationen in der Bewußtseinsbildung und Graswurzelarbeit auf dem Land. Ihr Engagement in der ländlichen Entwicklung aber führte viele NGOs erneut in eine grundsätzlichere Opposition zur staatlichen Entwicklungsstrategie und diese Opposition entzündete sich häufig in konkreten, lokalen Konflikten um Ressourcennutzung, wie den Dammbauten und Eukalyptusplantagen.

Darüber hinaus avancierte Umweltschutz in den 80er Jahren zum prominenten Thema internationaler Entwicklungsdebatten. Dies sorgte zum einen dafür, daß NGOs, die im ländlichen Umwelt- und Ressourcenschutz arbeiteten, bessere Chancen auf Finanzierung hatten, zum anderen auf der politischen Ebene umweltpolitische Themen schneller und effektiver internationale Solidarität hervorriefen als andere Auseinandersetzungen.

In den 90er Jahren setzte sich diese andere Akzentuierung fort. Gesellschaftspolitische Auseinandersetzung artikulierte sich nicht mehr in erster Linie entlang der 'klassischen' Konfliktlinie zwischen rechts und links, nicht mehr zwischen Staatsbürokratie/Armee/Großunternehmer einerseits und radikalen Studenten/Arbeitern/Bauern andererseits. Statt dessen standen sich Gegner und Befürworter einer kapitalistischen Modernisierungsstrategie gegenüber und eines der schlagkräftigsten Argumente der Gegner dieser Strategie waren und sind deren ökologische Kosten.

Diese Debatten finden allerdings Ende der 90er Jahre in einem anderen gesellschaftlichen Rahmen statt als Ende der 80er. General Prem trat 1988 zurück und machte den Weg frei für die erste zivile Regierung seit 1976. Mit dem erfolgreichen Widerstand gegen den blutigen Militärputsch von 1991/92 wurde die damit eingeleitete Demokratisierung weiter gestärkt: eine Rückkehr zu den alten Machtverhältnissen, zu autoritären Regierungen der zivilen und militärischen Staatsbürokratie war nicht mehr möglich. Dies war, insoweit trifft die im ersten Kapitel referierte Argumentation für die Zivilgesellschaft sicherlich zu, auch den veränderten, komplexeren sozialen und ökonomischen Realitäten geschuldet. Die neue, demokratische Verfassung von 1997 ist eine Art Spätfolge des Widerstands gegen den Militärputsch 1992. Sie garantiert weitreichende politische Freiheiten. Mit ihr hat die thailändische Zivilgesellschaft erstmals seit den Jahren 1973 bis 76 wieder einen einklagbaren, juristischen Rahmen.

Diese Konsolidierung von Zivilgesellschaft hat aber auch zur Folge, dass ihre 'Janusgesichtigkeit' wieder deutlicher wird, dass repressive und konservative Kräfte stärker als zivilgesellschaftliche Akteure in Erscheinung treten.

Im Folgenden werden wir anhand von fünf Konfliktfällen die Dynamik thailändischer Zivilgesellschaft im Kontext des Umweltdiskurses seit den 80er Jahren betrachten. In Konflikten, die primär unter dem Blickwinkel des Umweltschutzes wahrgenommen und diskutiert wurden, fanden und finden Auseinandersetzungen um den Zugriff auf und die Kontrolle spezifischer Ressourcen sowie gesellschaftliche Definitions- und Gestaltungsmacht statt.

In den Auseinandersetzungen um den Nam Choan Damm haben unterschiedlichste gesellschaftliche Interessengruppen in Thailand, in einem breiten Bündnis, einen ersten großen Erfolg gegenüber einem traditionell repressiven, vom Militär dominierten Staatsapparat errungen und Freiräume und neue Perspektiven für Zivilgesellschaft geöffnet.

Die Konflikte um Eukalyptusplantagen zeigen, daß eine gesellschaftlich eher schwache Gruppe, wie die bäuerliche Bevölkerung, ihre Interessen in Konflikten mit Staat und Wirtschaftseliten nur im Bündnis mit anderen erfolgreich vertreten kann und wie private ökonomische Interessen sich mit dem militärischen Apparat verknüpfen.

In der Debatte um das Gemeindewaldgesetz verlagert sich die Austragung des Konfliktes stärker auf eine legalistische Ebene. Gleichzeitig polarisiert sich Zivilgesellschaft, indem gesellschaftliche Gruppen, die ihre Interessen traditionell über den Staatsapparat absicherten, aufgrund der demokratischen Beschränkung staatlicher Macht beginnen, sich stärker im Rahmen der Zivilgesellschaft zu organisieren und aktiv zu werden.

Wie sich Teile des Staatsapparates mit eigenen Interessen mit nahestehenden Teilen der Zivilgesellschaft verbünden, um im Zuge der Demokratisierung und Entwicklung von Zivilgesellschaft verloren gegangenes Terrain wieder zu gewinnen, und wie Ausgren-

zungsstrategien und Rassismus zur Durchsetzung dieser Interessen instrumentalisiert werden, läßt sich am Beispiel der Wasserkonflikte und ethnischen Konflikte im Chom Thong Distrikt nachzeichnen.

Diese Ausgrenzungsstrategien wirken auch in den jüngsten Übergriffen des Militärs auf Gruppen einer ethnischen Minderheit im Wildschutzgebiet Thung Yai Naresuan. Mittels Staatsterror wird versucht, eine gesellschaftlich umstrittene Schutzgebietspolitik durchzusetzen. Inwieweit dies gelingt, wird ganz wesentlich vom Erfolg der Ausgrenzungsstrategie und der Stärke kritischer Kräfte in der Zivilgesellschaft abhängen.

3. Die Nam-Choan-Kontroverse: Widerstand öffnet sich Räume

Anfangs der 70er Jahre begann die thailändische Energiebehörde EGAT mit den Planungen für den Nam Choan Damm im Westen Thailands. Der Beginn der Planungen fiel in eine Zeit, in der der vorherrschende Entwicklungsbegriff noch nicht hinterfragt und die Problematik großer Dammbauten noch kaum wahrgenommen wurde. Erst während des demokratischen Zwischenspiels in Thailand von 1973-76 wurden Folgewirkungen der großen Dämme und westliche Modernisierungs- und Entwicklungsmodelle öffentlich kritisch diskutiert.

Der Damm sollte primär der Energiegewinnung dienen und die beträchtliche Fläche von 223 km² eines weitgehend intakten Waldgebietes überfluten. Im Zusammenhang eines mißglückten Jagdausflugs, der eine nicht unerhebliche Rolle als Auslöser für den Sturz der Militärregierung 1973 durch die Studenten spielte, geriet das für den Dammbau vorgesehene Gebiet erstmals in die Schlagzeilen⁵ und wurde 1974 zum Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary erklärt.

Von 1976-80 war Thung Yai Naresuan ein Rückzugsgebiet der Kommunistischen Partei Thailands und wurde von dieser kontrolliert, weshalb die von EGAT in Auftrag gegebene Umweltfolgenabschätzung in einem 'Ersatzgebiet' durchgeführt werden mußte.

Trotz der mehr als fragwürdigen Qualität dieser 1979/80 erstellten Studie und der prognostizierten erheblichen Umweltbeeinträchtigungen wurde das Projekt im September 1982, in einer Phase gesellschaftlicher Konsolidierung, mit Finanzierungszusagen des Japanese Overseas Economic Cooperation Fund und der Weltbank in den 5. thailändischen Entwicklungsplan (1981-86) aufgenommen.

Der öffentliche Protest gegen das Projekt entzündete sich zu Beginn der 80er Jahre zunächst an einer 1981/82 von EGAT illegal gebauten Straße zur geplanten Baustelle und den dafür notwendigen Rodungen im Wildschutzgebiet⁶. Initiiert wurde der Widerstand vor allem von studentischen AktivistInnen, AkademikerInnen und UmweltschützerInnen, später wurde er aber auch von Rechtsanwälten, JournalistInnen, der lokalen Bevölkerung sowie einigen Beamten des öffentlichen Dienstes getragen. Der Staat reagierte

⁵ Im April 1973 stürzte ein Militärhubschrauber ab, den hohe Militäroffiziere zusammen mit Geschäftsleuten und Filmstars für einen illegalen Jagdausflug in Thung Yai nutzten, dem für den Dammbau vorgesehenen Gebiet. Der Absturz wurde von Studenten fotografiert und publik gemacht und wurde zum Katalysator in der Reihe der Ereignisse, die zum Aufstand vom 14. Oktober 1973 führten (Veeravat 1987:28; Hirsch 1993:139; Malee, Nation 2.4.92).

⁶ Die Tätigkeiten wurden vom damaligen Generaldirektor des RFD Pairot Suwanakorn öffentlich kritisiert.

empfindlich auf das zivilgesellschaftliche Engagement seiner Bediensteten. Im Juli 1982 wurde in einem Brief aus dem Büro des Premierministers den Angestellten im öffentlichen Dienst, einschließlich der akademischen Angestellten an den Staatsuniversitäten, jede Stellungnahme zur Nam-Choan-Kontroverse verboten (Hirsch 1993:147, Anm.14). Augenscheinlich hatte dieser Brief keine große Wirkung, die Beamten und Professoren äußerten sich weiterhin zum Dammbau.

Wegen der unerwartet starken öffentlichen Proteste mußte das Kabinett im Oktober 1982 eine Arbeitsgruppe mit der erneuten Untersuchung des Projektvorschlags beauftragen. Als er 1983 wieder zur Entscheidung anstand, beschloß das damalige Übergangskabinett, die Entscheidung der nächsten Regierung zu überlassen, worauf das Projekt offiziell erst einmal wieder ruhte.

Eine zunächst erfolglose Initiative des Senats und des Parlamentsausschusses für Wissenschaft, Technologie und Energie zur Wiederaufnahme des Projekts im Mai 1984 rief die Opposition sofort wieder auf den Plan. Obwohl die Weltbank inzwischen ihre Finanzierungszusage zurückgezogen hatte und nur noch die japanischen Finanziere blieben, brachte EGAT im März 1986 das Nam Choan Projekt erneut ins Kabinett ein, das eine neue Machbarkeitsstudie bewilligte.

Auf Basis der neuen Machbarkeitsstudie und einer zweiten, qualitativ kaum besseren Umweltverträglichkeitsstudie empfahl das zuständige Subkomitee im Februar 1987 dem Kabinett zunächst die Zustimmung zum Projekt. Die Regierung sah sich aber angesichts des wachsenden öffentlichen Drucks gezwungen, im September 1987 das nach seinem Vorsitzenden benannte Thienchai-Komitee zur Klärung der kontroversen Fragen einzusetzen. Die positive Entscheidung für den Bau des Dammes wollte man dadurch sicher stellen, daß man das 40-köpfige Gremium unter Vorsitz des Dammbefürworters Thienchai mit lediglich 5 Dammkritikern besetzte.

Mit dem Wiederaufleben der Planungen und der Kontroverse 1986 erhielt der Widerstand gegen das Projekt eine breitere Basis, größere Öffentlichkeit sowie neue Dimensionen, indem er stärker internationalisiert⁷ und entscheidend von NGOs⁸ getragen und gestaltet wurde. In einem temporären Bündnis arbeiteten die unterschiedlichsten Gruppen mit durchaus sehr verschiedenen Motivationen, Zielsetzungen und Werthaltungen gemeinsam auf das Ziel der Verhinderung des Dammes hin.

Anfang 1988 wurde die Kontroverse im Zusammenhang der Arbeit des Thienchai-Komitees schließlich zu einem nationalen Politikum. Sie dominierte und polarisierte für Monate die Öffentlichkeit in Thailand und fand darüber hinaus auch internationale Aufmerksamkeit. Das Kalkül der Regierung, über die Besetzung des Komitees auch dessen Arbeitsergebnis zu steuern ging nicht auf. Mit der Akzeptanz einer öffentlichen Debatte über staatliches Handeln, wie sie in der Berufung des Komitees zum Ausdruck

⁷ Die International Union for Conservation of Nature (IUCN) beschloß offiziell das Projekt nicht zu unterstützen (BP 23.02.88); Prinz Bernhard von Niederlanden (ehem. Gründer/Vorsitzender des WWF) drückte seine Besorgnis aus und sprach sich für die Einrichtung einer World Heritage Site aus (Nation 4.2.88.); Prinz Charles und sein Vater Prinz Philipp (Präsident des WWF) sprachen sich gegen den Damm aus (Nation 18.4.88); die März Ausgabe 1988 des britischen Umweltmagazins 'The Ecologist' war der Nam-Choan-Kontroverse gewidmet (Nation 14.3.88); das thailändische Bündnis gegen Nam Choan wurde durch international agierende Umweltaktivisten (z.B. Larry Lohmann) unterstützt (Hirsch 1993:139f).

⁸ Gründung des Wildlife Fund Thailand 1984 (Pfaffmann/Kron 1992:68); Gründung PERs 1986 (Hirsch 1993:139f); 1986 Gründung des Nam Choan Peoples Movement' (Malee, Nation 2.4.92.)

kam, eröffneten sich Handlungsräume für nicht-staatliche Akteure, die diese nutzten. Das Ergebnis dieser Debatte konnte staatlicherseits schließlich nicht mehr wirklich kontrolliert werden. Die Mitglieder des Komitees brachten nun überwiegend ihre Skepsis gegenüber dem Dammprojekt zum Ausdruck und nach Vorlage ihres Berichts wurde der Damm im März 1988 bis heute 'vorläufig' auf Eis gelegt. (Zur Geschichte der Kontroverse siehe vor allem Nart/Poonsab 1986; Prayudh et al. 1987; Nation 1988; Rigg 1991; Hirsch 1993)

Die Argumente in der öffentlichen Nam Choan Debatte konzentrierten sich auf die Frage, ob der ökonomische Nutzen des Dammes seine ökologischen Kosten rechtfertigen und kompensieren kann. Während EGAT den Bau des Dammes primär mit der Notwendigkeit, die Energieproduktion zu steigern, begründete und daneben auf die Möglichkeiten der Bewässerungsregulierung für die Landwirtschaft verwies (ein äußerst heikler Zusammenhang wie sich in den Auseinandersetzungen schnell zeigte), konzentrierte sich die Kritik gegen den Damm vor allem auf erhebliche Mängel und Fehler in den Machbarkeits- und Umweltverträglichkeitsstudien, die verengte und unvollständige monetaristische Kosten-Nutzen-Analyse, unrealistische Energiebedarfsprognosen und überoptimistische Wirtschaftlichkeitsberechnungen des Dammes, den Verlust von Minerallagerstätten durch die Überflutung, das Sicherheitsrisiko in einem aktiven Erdbebengebiet, sowie die Vernichtung von Waldgebieten, Lebensräumen und archäologischen Fundstätten. (Siehe z.B. Nart/Poonsab 1986:296-302; Prayudh et al. 1987; Ungphakorn et al., Nation 17.3.88)

Die verschiedenen Positionen in der öffentlichen Auseinandersetzung lassen sich im wesentlichen auf drei reduzieren. Auf der einen Seite standen die Befürworter, die den Dammbau für wirtschaftlich vernünftig hielten und im Hinblick auf die Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung Thailands für notwendig, weshalb sie auch bereit waren, gewisse, zu Lasten der Umwelt gehende Kosten in Kauf zu nehmen.

Auf der Seite der Gegner fanden sich einerseits diejenigen, die den Entwicklungsbegriff und die Modernisierungsvorstellungen der Befürworter im Prinzip teilten, in einer Kosten-Nutzen Abwägung aber zu einer Ablehnung des Projektes kamen, da ihnen der Preis für dieses konkrete Projekt, im wesentlichen seine Umweltfolgen, zu hoch war.

Eine dritte Fraktion lehnte darüber hinaus den, den anderen Positionen zugrunde liegenden, Entwicklungsbegriff selbst ab und verstand die Auseinandersetzung auch als Widerstand gegen die dominierende Entwicklungsideologie und gesellschaftliche Machtverhältnisse.

Unterhalb dieser Ebene der weltanschaulichen Diskurspositionen öffnete sich ein weites Feld unterschiedlicher Interessen und Interessengruppen, deren Konfliktpotentiale und Unvereinbarkeiten in den Diskurspositionen nur zum Teil ihren Ausdruck fanden, zum Teil eher durch sie kaschiert wurden.

Die Energiebehörde EGAT hatte mit dem Bau verschiedener großer Dämme in Thailand vielfältige Kompetenzen, Interessen und Strukturen aufgebaut, die für ihren Erhalt den Bau weiterer Dämme erforderten.

Darüber hinaus verbanden sich mit dem Bau der Dämme und deren Nutzung für die Energiegewinnung auch starke private wirtschaftliche und politische Interessen von Personen im engeren oder weiteren Umfeld der Energiebehörde EGAT, die auf die eine oder andere Weise Profit von dem Projekt erwarteten.

Neben diesen Gruppen und Personen aus Wirtschaft, Bürokratie und Politik, die mehr oder weniger unmittelbare Interessen an dem Projekt hatten, fanden sich unter den Befürwortern die breite Gruppe derjenigen, die keine direkten Interessen mit dem Projekt verbanden, aber als PolitikerInnen, AkademikerInnen oder JournalistInnen explizite VerfechterInnen der Entwicklungsideologie waren und den Argumenten der Befürworter folgten, so daß sie das Votum für das Dammprojekt mit trugen und sich u.U. auch aktiv dafür einsetzten.

Das Lager der Gegner umfaßte einerseits innerhalb des Staatsapparats Teile der Bürokratie und der politischen Eliten, die durch das Projekt eigene Interessen und Ziele gefährdet sahen, wie z.B. aus ganz verschiedenen Gründen heraus das Royal Forest Department (RFD)⁹, das Landwirtschaftsministerium oder Regionalpolitiker.

Unter den Gruppen, die ihre unterschiedlichen Interessen nur über die öffentliche Auseinandersetzung einbringen konnten, fanden sich zunächst einmal die ca. 2000 im geplanten Überflutungsgebiet lebenden Menschen, Angehörige der ethnischen Minderheit der Karen, die sich durch die drohende Umsiedlung in ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Existenz bedroht sahen. Die Karen hatten jedoch, obwohl sie am existentiellsten von dem Projekt betroffen waren, kaum eine eigene Stimme in der Öffentlichkeit. Ihre Interessen wurden zum Teil von NGOs, wie dem Project for Ecological Recovery (PER) in die Debatte eingebracht.

Eine weitere direkt, wenn auch weniger existentiell betroffene Gruppe, waren die in den Städten und Dörfern unterhalb des geplanten Damms lebenden Menschen, überwiegend ethnische Thai. Sie befürchteten Beeinträchtigungen ihrer Lebensumstände, ihrer wirtschaftlichen Grundlage oder ihrer Sicherheit und verliehen ihrem Protest als Einzelpersonen oder in NGOs und POs Ausdruck. Das Nam Choan People's Movement, ein Widerstandsbündnis von ca. 40 verschiedenen Organisationen, wurde im wesentlichen von dieser Gruppe getragen.

Schließlich gehörten zum Widerstand gegen den Damm auch die AktivistInnen, StudentInnen, AkademikerInnen, JournalistInnen und engagierte BürgerInnen landesweit und über die Landesgrenzen hinaus, die sich zum Teil im Widerstandsbündnis selbst engagierten oder dieses unterstützten. Ihre Ablehnung des Projekts resultierte aus verschiedensten Interessen und Haltungen, seien es ökonomische Abwägungen, absehbare Belastungen und Risikopotentiale, die Überzeugung sich für Umwelt- und Naturschutz einsetzen zu müssen, Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Verhältnissen oder strategischen Überlegungen zur Veränderung von Machtverhältnissen.

Was sich auf der Ebene der öffentlichen Auseinandersetzung primär als ein Umweltkonflikt darstellte, als Streit um tolerierbare oder nicht tolerierbare Umweltbelastungen, entpuppt sich auf der Ebene der beteiligten Akteure und Interessengruppen somit als heterogene Vielfalt von Interessen. Auf dieser Ebene und im Kern der Auseinandersetzungen ging es nicht in erster Linie um die Frage wieviel Umweltschutz wollen wir und was ist uns dieser wert, die vordergründig diskutiert wurde. Auf dieser Ebene dominierten einerseits Ressourcenkonflikte zwischen Teilen der Bürokratie (EGAT versus RFD und Landwirtschaftsministerium) sowie zwischen Bürokratie und verschiedensten

⁹ Das 1896 im Zusammenhang mit der Teakexploitation gegründete Royal Forest Department ist die dem Landwirtschaftsministerium unterstellte staatliche Forstverwaltung. Sie spielt in den Ressourcenkonflikten eine wichtige Rolle, da sie derzeit fast die Hälfte der gesamten Landesfläche verwaltet.

lokalen Bevölkerungsgruppen. Andererseits spielten Machtkonflikte eine entscheidende Rolle. Zum einen als Auseinandersetzungen um Einfluß und Macht innerhalb des Staatsapparates, zwischen einzelnen Teilen der Bürokratie sowie den einflußreichen 'Mitspielern' aus Wirtschaft und Politik in diesem Apparat. Zum anderen aber zwischen Staatsapparat und Teilen der Zivilgesellschaft, insbesondere Studentengruppen, NGOs und Akademikern.

Dies ist auch die Ebene, auf der der Konflikt seine politische Bedeutung erhält. Die Nam-Choan-Kontroverse war die erste öffentliche Auseinandersetzung, in der sich auf breiter Basis verschiedenste gesellschaftliche Gruppen organisierten, zu Wort meldeten und in einem sehr heterogenen Bündnis schließlich eher schwache gesellschaftliche Gruppen, wie die lokale Bevölkerung, NGOs, Studenten und der neue Mittelstand, die Einstellung des Projektes gegenüber einer zunächst übermächtig erscheinenden Bürokratie und mächtigen wirtschaftlichen Interessen durchsetzen konnten.

Entscheidend für den Erfolg der Dammgegner war die Breite des Bündnisses, in dem interne Interessenkonflikte und Widersprüche zwischen verschiedenen Gruppen zunächst zurückgestellt wurden, die Rolle der Studentenorganisationen und NGOs als aktive Organisatoren des Widerstands und dessen internationaler Verknüpfung sowie das Engagement von Akademikern als Sachverständige.

Zivilgesellschaftliche Akteure, die zur Durchsetzung ihrer Interessen fast ausschließlich auf das Agieren in der Öffentlichkeit beschränkt waren, weil ihnen der Zugang zu anderen Bereichen des politischen Raumes aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Stellung verwehrt war, konstituierten in diesem breiten Bündnis Zivilgesellschaft als ernst zu nehmende Gegenmacht zum Staat. Staatliche Akteure entdeckten und nutzten diese nicht-staatliche Gegenmacht als Faktor in internen Machtkämpfen, um ihre Position innerhalb des Staatsapparates durchzusetzen.

Dabei verlieh erst die große Publizität der Auseinandersetzung in den Medien und deren überwiegend positive Haltung zum Widerstand dem Protest seine Breitenwirkung. Erst durch diese Breitenwirkung entstand das Bild einer überwältigenden Gegnerschaft, dem sich auch die entscheidenden Politiker nicht entziehen konnten. Die Angst vor einem studentischen Aufstand, wie er 1973 zum Sturz der Militärregierung geführt hatte, spielte dabei vermutlich eine nicht unerhebliche Rolle (Ungphakorn/Usher, Nation 18.4.88). Zivilgesellschaftliches Engagement im Rahmen der Regeln der bürgerlichen Demokratie - also Zivilgesellschaft, so wie sie in weiten Kreisen Thailands verstanden wird - hat hier ihre Verbindungen zu weniger legitimierten und radikaleren Formen des Widerstands. Die latente Möglichkeit härterer Auseinandersetzung gibt den weniger radikalen Formen politischen Protestes unter Umständen erst die nötige Durchsetzungskraft.

4. Eukalyptusplantagen: Umweltdiskurs wird instrumentalisiert in Verteilungskonflikten

Trotz des vordergündigen Umweltthemas Staudamm ging es in der Nam-Choan-Kontroverse, wie gezeigt, nicht primär um Umweltschutz, obwohl es auf Seiten der Gegner durchaus Gruppen gab, deren eigentliches Interesse der Schutz des Waldes in Thung Yai war.

Die Kontroverse um Eukalyptusplantagen war sehr viel eindeutiger und offensichtlicher ein Ressourcenkonflikt, in dem Befürworter wie Gegner Umweltschutz für ihre jeweiligen Zwecke instrumentalisierten. Zivilgesellschaftliche Bündnispartner zu finden war dabei für den bäuerlichen Widerstand gegen Eukalyptusplantagen sehr viel entscheidender als für die Eukalyptus pflanzende Industrie, die sich auf den staatlichen Repressionsapparat stützen konnte, insbesondere während der Zeit der Militärregierung 1991-1992.

Der Konflikt um Aufforstung mit Eukalyptusplantagen hatte seine Vorgeschichte in der rapiden Entwaldung, die mit dem rasanten wirtschaftlichen Wachstum Thailands in den 60er und besonders in den 70er Jahren einher gegangen war. Die Regierung reagierte darauf mit der 'National Forest Policy' Richtlinie von 1985, in der eine Waldfläche von insgesamt 40% der gesamten Landesfläche angestrebt wurde. Angesichts der wenigen verbliebenen Wälder war dies eine Zielgröße, mit der die Aufforstungskapazitäten der staatliche Forstverwaltung hoffnungslos überfordert waren. Bereits ein Jahr vor der Formulierung der nationalen forstpolitischen Richtlinien, ebenfalls in der Ära des Generals Prem, hatte die Regierung eine Resolution zur Förderung der privaten Aufforstung erlassen und im Ministerium für Landwirtschaft eigens eine Abteilung hierfür eingerichtet (PER 1992:57; FAO 1993:154).

Diese privaten Aufforstungen waren fast immer Eukalyptusplantagen, die die Papier- und Zellstoffindustrie belieferten. Der Anbau von Eukalyptus in großem Stil hatte in Thailand 1978 mit der Verfügbarkeit billigen Saatmaterials aus Australien begonnen. Mit dem wirtschaftlichen Boom seit Ende der 80er Jahre wurde das Eukalyptusgeschäft immer attraktiver. Die inländische Papier- und Zellstoffnachfrage stieg ebenso wie der Export nach Japan und Taiwan. Die Zellstoffindustrie wuchs, brauchte Rohmaterial und zahlte gut. Thailändische Agroindustriekonglomerate wie Kaset Rung Ruang und Charoen Pokphand, internationale Unternehmen wie Shell, und japanische und taiwanesischen Joint Ventures stiegen in das Geschäft ein. (Pirscher 1990; Apichai et al. 1992; PER 1992:15ff,56ff,67ff; Pasuk/Baker 1997:82)

Die massive Entwaldung, auf die mit dieser Aufforstungspolitik reagiert wurde, war nicht nur eine Folge des konzessionierten Holzeinschlags in den Staatswäldern. Nach dem Einschlag hatten in großen Teilen des Landes die Bauern und Bäuerinnen den Wald vollends gerodet und in landwirtschaftliche Nutzfläche umgewandelt, ein Prozeß, der in den 70er Jahren staatlicherseits durchaus unterstützt wurde. Auf den gerodeten Waldflächen wurden Exportprodukte angebaut, die das Wirtschaftswachstum vorantrieben. Die Landnahme machte eine Landreform in den alten Siedlungsgebieten unnötig und die Waldgebiete waren nicht zuletzt Rückzugsgebiete von bewaffneten Aufständischen, die es mit regierungstreuer Landbevölkerung unter der Obhut von Staat und Militär zu erschließen galt.

Die Forstverwaltung gab jedoch trotz der dauerhaften landwirtschaftlichen Nutzung die Kontrolle der ehemaligen Waldflächen nicht aus der Hand. In der Folge kam es in den 80er Jahren oft zu Situationen, in denen die Unternehmen von der staatlichen Forstverwaltung Land pachteten, das faktisch von der lokalen Bevölkerung landwirtschaftlich genutzt wurde. Oder, ebenfalls ein häufiger Fall, die verpachtete Fläche war nicht landwirtschaftlich genutzt, sondern bewaldet und von der Forstverwaltung als durch Holzeinschlag degradiertes Sekundärwald kategorisiert. Dieser 'degradierte' Wald war für die ansässige Bevölkerung Quelle von Brenn- und Baumaterial, Nahrungsmitteln, Medizinalpflanzen und Viehweide. Mit der Rodung des Waldes und der anschließenden Aufforstung mit einer Eukalyptus-Monokultur gingen der Bevölkerung diese Ressourcen verloren. Darüber hinaus verursachte diese Art der Aufforstung nicht selten Belastungen für andere landwirtschaftliche Nutzungen, zum Beispiel durch Absenkung des Grundwasserspiegels.

Die betroffenen Familien und Dorfgemeinschaften setzten sich gegen die Plantagen zur Wehr. Vor allem in den nordöstlichen Provinzen Surin, Buriram, Si Sa Ket, Nong Khai und Ubon Ratchathani, wo aufgrund der Nähe zu den Zentren der Zellstoffindustrien in Khon Khaen und Surin besonders viele Eukalyptusplantagen angelegt wurden, schrieben sie Protestbriefe und organisierten Demonstrationen. Ihre Aktionen blieben nicht auf diese friedlichen, in einer bürgerlichen Demokratie legitimen Formen des Protests beschränkt. Sie rissen Setzlinge aus, setzten Baumschulen in Brand und gelegentlich sogar Gebäude der Forstverwaltung. (SOA 2/1989; Apichai et al. 1992:201f)

Im Gegensatz zur Nam Choan Kampagne gelang es den Protestierenden nicht, ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen für ihr Anliegen zu mobilisieren. Zwar argumentierten sie damit, Wald schützen zu wollen, indem sie sich gegen Monokulturen wehrten und einheimische, vielfältige Wälder erhielten. Aber diese Umweltschutzbotschaft war angesichts zerstörter Aufforstungsflächen und brennender Baumschulen schwer zu vermitteln. Auch die Forderungen nach gesicherten Landrechten für landwirtschaftliche Flächen, die mit den Protesten gegen Eukalyptusplantagen verbunden wurden, riefen eher Assoziationen einer marginalisierten und aufständischen Landbevölkerung hervor, weniger das Bild einer seit Jahrhunderten traditionell in Harmonie mit der Natur lebenden bäuerlichen Bevölkerung.

Die Proteste gegen Eukalyptus-Pflanzungen wurden erst mit dem Suan Kittu Skandal 1990 von Erfolg gekrönt. Lokale Forstbeamte hatten Arbeiter der Suan Kittu Reforestation Company, einer Tochterfirma des thailändischen Agromultis Kaset Rung Ruang, wegen illegalen Rodens im Staatswald verhaftet. Leider waren die örtlichen Beamten nicht über die Vorgänge auf höherer Ebene informiert: die Suan Kittu Reforestation Company besaß Konzessionen der Forstverwaltung, die sie zur Aufforstung des angeblich schwer degradierten Waldes mit Eukalyptus berechtigten. Mit diesem Skandal standen in der öffentlichen Debatte nicht mehr randalierende Bauern aufforstenden Unternehmen gegenüber, sondern waldschützende Dorfgemeinschaften einer korrupten, waldzerstörenden Privatindustrie. Eukalyptusplantagen wurden zum Synonym der Waldzerstörung und die Sympathien der Öffentlichkeit wandten sich den Protestierenden zu. Die Tatsache, daß der Präsident der Firma ein wichtiger Finanzier der Partei des Landwirtschaftsministers war, dem auch die Forstverwaltung unterstellt ist, trug ebensowenig zur Besänftigung der Öffentlichkeit bei wie die Meldung, daß

dem ehemaligen Polizeichef ein Sitz im Vorstand der Firma garantiert worden war. (Pasuk/Baker 1997:82f; Lohmann 1991)

Zum Umweltthema Waldzerstörung, nach dem Sieg der Nam Choan Kampagne 1988 und dem Einschlagsstop ('Logging Ban') von 1989¹⁰ ein wichtiges Thema der öffentlichen Diskussion, gesellte sich das Reizthema der Korruption und der Verflechtungen von Wirtschaft und Politik. Ende 1990 wurden die privaten Aufforstungen durch das Kabinett Chatichais gestoppt, des ersten demokratischen Premierminister seit 1976. Der Erfolg währte nicht lange. Nachdem Putschisten unter der Führung General Suchindas die Regierung Chatichai 1991 gestürzt hatten, wurden die Eukalyptusplantagen wieder legalisiert.

Das geschah nicht von ungefähr. Einzelne Militärs waren über persönliche finanzielle Interessen am Eukalyptusgeschäft beteiligt. Aber dies war nicht der einzige Beweggrund. Bereits in den 80er Jahren, nachdem mit der Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes die kommunistische Gefahr keine ausreichende Legitimation mehr bot, entdeckte das Militär die nachhaltige ländliche Entwicklung und den Umweltschutz für sich. Schon 1986 sollte ein Programm 'Green Isaan' (grüner Nordosten) unter dem späteren Premierminister und damaligen Armeeeoberbefehlshaber General Chavalith, die Einkommen aus der Landwirtschaft durch Modernisierung und Marktanbindung erhöhen und gleichzeitig durch Aufforstung mit Eukalyptus die Nutzholzproduktion steigern sowie die verbliebenen Wälder schützen. 1,2 Millionen Menschen sollten umgesiedelt werden, um Eukalyptusplantagen Platz zu machen. Das Programm scheiterte an den Protesten der Betroffenen und an den organisatorischen Schwierigkeiten der Militärs, die das Vorhaben schließlich an die Landreformbehörde übergaben. (Hirsch 1990:172; PER 1992:68-77; Perapong 1992:82-185,208-217; Hirsch 1993:139; Pasuk/Baker 1997:330,347f,354)

General Suchinda, Chavaliths Nachfolger im Amt des Oberbefehlshaber der Armee, rief mit dem Khor-Jor-Gor-Programm ein wesentlich ehrgeizigeres Projekt ins Leben, das nach einem Testlauf im Nordosten landesweit etwa 6 Millionen Menschen betroffen hätte. Ebenso wie das Green-Isaan-Programm sollte das Khor-Jor-Gor-Programm die Nutzholzproduktion in Eukalyptusplantagen mit dem Schutz der verbliebenen Wälder und der ökonomischen Entwicklung der ländlichen Gebiete verbinden. Auch gegen dieses Programm gab es erbitterten Widerstand. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Chavalith, der unter einer mehr oder weniger demokratischen Regierung Oberbefehlshaber war, konnte General Suchinda nach seinem Putsch 1991 die Proteste aber mit militärischer Gewalt unterdrücken.

Trotz dieser Repression hatten sich die betroffenen Bauern und Bäuerinnen organisiert. Sie waren, als die Militärregierung 1992 durch Massenproteste gestürzt wurde, sehr schnell wieder in der Lage mit einem Marsch nach Bangkok öffentlich zu agieren. Noch bevor sie die Hauptstadt erreichten, stoppte die Interimsregierung Anand das Khor-Jor-Gor-Programm der Armee ebenso wie die privaten Aufforstungen. Dies bedeutete aber keineswegs das endgültige Aus der Eukalyptusplantagen. Ende Sep-

¹⁰ Nach starken Überflutungen und Erdbeben im November 1988 im Süden des Landes (Provinz Nakhon Si Thammarat), die über 250 Menschenleben forderten und zunächst vor allem auf Abholzungen im Zusammenhang mit der Anlage von Kautschukplantagen zurückgeführt wurden, sah sich die Regierung aufgrund öffentlichen Drucks Anfang 1989 gezwungen ein absolutes Holzeinschlagsverbot zu erlassen ('Logging Ban'), das bis heute nicht aufgehoben wurde. (PER 1992:14f; vergl. aber auch McKinnon 1997)

tember 1993 legalisierte die erste wieder demokratisch gewählte Regierung Chuan die Plantagen erneut und gab damit dem Druck der Papier- und Zellstoffindustrie nach, die von der Forstverwaltung unterstützt wurde (BP 31.8.93; BP 2.9.93; Nation 10.10.93; Nation 1.11.93).

Noch eindeutiger als im Fall der Nam-Choan-Kontroverse, handelt es sich bei den Auseinandersetzungen um Eukalyptusplantagen um in den Umweltdiskurs übersetzte Verteilungskonflikte. In diesem Sinne liegen der öffentlichen Debatte um den besseren Weg, Wälder zu schützen, gesellschaftliche Interessenkonflikte viel grundsätzlicherer Art zugrunde.

Auf der einen Seite standen die finanziellen Interessen der Industrie, eng verbunden mit denen des Militärs und Teilen der Forstverwaltung. Ihnen gegenüber standen die existenziellen ökonomischen Interessen der lokalen Bevölkerung am Zugang zu landwirtschaftlicher Nutzfläche und zu den Waldprodukten der einheimischen Wälder. Insofern die bäuerliche Bevölkerung ein Interesse an Waldprodukten und an den ökologischen Funktionen des Waldes für Klima und Wasserhaushalt hatte, hatte sie auch ein Interesse am Erhalt des Waldes. Diese umweltschützerische Motivation war aber von einer anderen Qualität als die eines Umweltschutzaktivisten des städtischen Mittelstandes, der sich gegen den Nam Choan Damm wehrte. Letzterem liegt eine moderne, 'städtische' Auffassung von Natur, deren Wert und ihrem Schutz zugrunde¹¹.

Diese moderne Auffassung von Natur- und Umweltschutz wurde in der Debatte um Eukalyptusplantagen von beiden Seiten instrumentalisiert: die Eukalyptusgegner übersetzten ihr Interesse an Wald und Land in den (städtischen) Diskurs um Natur und Umwelt, indem sie sich als die besseren Waldschützer darstellten und auf bäuerliche Traditionen der Koexistenz mit Natur verwiesen. Im Gegenzug bemühten die Befürworter das Bild der rodenden kleinbäuerlichen Massen, um sich als Unternehmen zu präsentieren, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für den Umweltschutz durch die Aufforstungen gerecht werden.

Solange der politische Raum zur Austragung dieser Interessenkonflikte existierte, wurden sie auch ausgetragen: Demonstrationen, Protestbriefe, militante Aktionen, Bündnisse mit Studenten auf seiten der Protestierenden, Gegendarstellungen auf Seiten der Plantagenbesitzer. Wenn, wie in Zeiten der Militärherrschaft, dieser öffentliche Raum aber nicht mehr existierte oder stark eingeschränkt war, wirkte dies zugunsten derjenigen zivilgesellschaftlichen Akteure, deren Interessen von Teilen des Staatsapparats mit getragen wurden und im Konfliktfall durch den staatlichen Repressionsapparat auch militärisch durchgesetzt wurden. Im öffentlichen politischen Raum agieren müssen diese Interessengruppen erst dann, wenn auch schwächere zivilgesellschaftliche Akteure sich im öffentlichen und politischen Raum darstellen können und, zumindest in Bündnissen, Chancen zur Durchsetzung ihrer Interessen haben und kritische Zivilgesellschaft stark genug ist, um staatliche Repression einzugrenzen.

¹¹ Eukalyptus gilt den internationalen Umweltschutz-NGOs im allgemeinen als ökologisch überaus bedenklich. In dieser Kritik wird aus einem ähnlichen Umweltschutz und Naturverständnis heraus argumentiert wie Teile der Nam Choan Gegner es vertraten. Die Gruppen, die keine direkten eigenen Interessen an der Ressource Land haben, spielten in der thailändischen Auseinandersetzung um Eukalyptus eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz zu Nam Choan hat dieser Konflikt keine Wellen geschlagen, die in größerem Umfang internationales Interesse geweckt hätten.

Mit dem Sturz der Militärregierung im Mai 1992 erlangte die Zivilgesellschaft diese Stärke und dies veränderte auch die Aktionsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gruppen, wie im eher legalistischen Charakter der Gemeindewald Kontroverse deutlich wird.

5. Community Forestry: vom lokalen Widerstand zur nationalen Gesetzgebung

Die Gemeindewalddebatte der 90er Jahre entwickelte sich aus den lokalen Konflikten um Eukalyptusplantagen und dem lokalen Widerstand gegen den legalen wie illegalen Holzeinschlag heraus. Bauernbewegung und die sie unterstützenden NGOs erkannten, daß lokale Proteste im besten Falle lokale Erfolge zeitigten, daß aber eine nationale gesetzliche Regelung, die die Rechte der lokalen Bevölkerung auf eine nachhaltige Nutzung ihrer lokalen natürlichen Ressourcen stärkt, eine wichtige Waffe in den zahlreichen lokalen Auseinandersetzungen wäre. Statt sich auf das Anprangern der verfehlten Forstpolitik und ihrer lokalen Auswirkungen zu beschränken, entwickelten sie das Alternativkonzept Gemeindewald.

Die Forstverwaltung setzte auf kommerzielle Nutzholzplantagen einerseits und strikt geschützten, von jeglicher Nutzung ausgenommenen 'Naturwald' andererseits. Das Gemeindewaldkonzept wollte und will den Schutz des Waldes mit seiner schonenden, nachhaltigen Nutzung verbinden. Die lokale Bevölkerung, so die Argumentation, habe ein vitales Interesse am Erhalt des Waldes als Quelle verschiedenster Produkte der bäuerlichen Ökonomie, sowie an den ökologischen Funktionen des Waldes für den lokalen Wasserhaushalt und das lokale Klima, beides wiederum wichtig für die landwirtschaftliche Produktion. Aus diesen Interessen heraus, sowie aufgrund ihrer kulturellen Tradition des Respekts vor und der Koexistenz mit ihrer natürlichen Umwelt, sei die bäuerliche Bevölkerung wesentlich besser als die Forstverwaltung und die Industrie geeignet, für den Schutz und den Erhalt der Wälder zu sorgen. (Thai Development Newsletter 16/1994)

Einen ersten, lokalen Erfolg hatte diese Position im Dezember 1989. Eine Koalition aus studentischen Gruppen, Umweltschutz-NGOs und betroffenen Dorfgemeinschaften erstritt im Konflikt um eine geplante Eukalyptusplantage in der Provinz Chiang Mai (Sankhamphang-Distrikt) die erste offizielle Anerkennung eines Gemeindewaldes durch die lokale Forstverwaltung. (Roddan 1993:42-44; Pasuk/Baker 1997:390; PER 1992:156)

Die Geister der öffentlichen Debatte und der Naturschutzdiskussion, die das Royal Forest Department in der Nam Choan Debatte mit gerufen hatte, um die Waldgebiete in Thung Yai gegen andere staatliche Akteure zu verteidigen, wandten sich nun gegen das RFD. Die Forstverwaltung geriet zunehmend selbst in die öffentliche Kritik: die Eukalyptusplantagen galten spätestens seit dem Suan Kittu Skandal eher als Waldzerstörung denn als Aufforstung; die Abholzungen unter der Regie der Forstverwaltung wurden für schwere Überflutungen verantwortlich gemacht; Korruptionsvorwürfe taten ein übriges.

Das RFD ließ sich auf die öffentliche Debatte ein und entwarf 1990 eine Vorlage für ein Gemeindewaldgesetz. Die NGOs reagierten 1993 mit einem Gegenentwurf, der 'Peoples Version'. Die legalistische Gemeindewalddebatte war eröffnet, und damit der

Raum der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung beträchtlich erweitert. Es bedurfte allerdings einiger Anstrengung, um von den lokalen, bäuerlichen Protesten, teilweise unterstützt von NGOs und studentischen Gruppen, hin zu einem gemeinsamen alternativen Gesetzesentwurf eines überregionalen NGO-Netzwerkes zu kommen. Die organisatorische Stärke, die sich darin äußerte, war das Ergebnis eines längeren Prozesses.

Die militär-kritischen, pro-demokratischen NGOs, in der Zeit nach dem Militärputsch 1976 zu vorsichtigerem Handeln gezwungen, hatten sich vielfach auf die konkrete Arbeit in der ländlichen Entwicklung konzentriert. Die Polarisierung der demokratischen Phase, in der sich reaktionäre, reformistische und revolutionäre Gruppierungen tendenziell bekämpften, wurde abgelöst vom Bemühen um Zusammenarbeit über ideologische Unterschiede hinweg. Seit 1978 gab es regelmäßige landesweite Treffen der NGOs, ein Netzwerk entstand, man kannte sich untereinander. 1984 wurde, mit Unterstützung der damaligen Regierung unter General Prem, ein nationales Koordinationskomitee der NGOs gegründet (NGO-CORD). Das Interesse der Regierung war die einfachere Kontrolle der NGO-Aktivitäten und klare Ansprechpartner in der unübersichtlichen NGO-Szene zu haben. Trotz der staatlichen Unterstützung blieben das Koordinierungskomitee sowie die beteiligten NGOs in Distanz zum Staat und nutzten die entstandene Infrastruktur eher zur gemeinsamen Opposition. Die Kooperation zwischen NGOs und Staat auf nationaler Ebene verstärkte sich jedoch ungeachtet dieser grundsätzlich kritischen Haltung: so beteiligten sich einige NGOs in jüngerer Zeit auch an der Formulierung der nationalen Fünfjahrespläne. (Rüland/Bhansoon 1993:67; Amara 1996a:257f; Rueng 1995; Suthy 1995)

Mit der Diskussion um Gesetzesvorlagen und dem Entwurf derselben übernahmen NGOs in Thailand seit Anfang der 90er Jahre Aufgaben der politischen Willensbildung, die in repräsentativen Demokratien klassischerweise den Parteien zufallen.¹² Mit der Institutionalisierung der Rolle von NGOs im politischen Prozeß stabilisierte sich einerseits die Zivilgesellschaft, andererseits differenzierten sich die zivilgesellschaftlichen Akteure stärker nach Interessenlagen und wurden die Auseinandersetzungen zwischen ihnen schärfer.

Die Debatten um das Gemeindewaldgesetz zeigen dies deutlich. Hier verlaufen die Hauptkonfliktlinien nicht mehr nur zwischen Staat (und mit staatlichen Stellen kooperierenden Akteuren der Privatwirtschaft) einerseits und zivilgesellschaftlichen Akteuren andererseits. Nun stehen sich auch innerhalb der Zivilgesellschaft verschiedene Gruppierungen z.T. unversöhnlich gegenüber.

Die sog. 'Lightgreen' oder 'Peoples' orientierten NGOs stehen dabei eher in der Tradition der Studenten- und Bauernbewegung, arbeiten meist in der ländlichen Entwicklung und sehen im Ressourcenschutz eine notwendige Voraussetzung für diese Entwicklung, ohne unbedingt Umwelt- und Naturschutz selbst zu einem Wert an sich zu erklären.

Ihre 'Gegenspieler', die 'Darkgreen' oder 'Conservation' orientierten NGOs, sind stärker dem Umwelt- und Naturschutzgedanken als solchem verpflichtet und rekrutieren

¹² Auch die neue Verfassung entstand unter reger Beteiligung von NGOs, ebenso wie NGOs eine wichtige Rolle spielen bei der Gesetzgebung, die nun aus den Vorgaben der neuen Verfassung folgt, wie dem Gesetz zur Förderung der Menschenrechte, bzw. zur Arbeit einer nationalen Menschenrechtskommission.

ihre Mitglieder vornehmlich aus dem städtischen Mittelstand und der Oberschicht. Auch die NGO-Aktivisten der ersten Gruppe kommen ihrer sozialen Herkunft nach oft aus dem Mittelstand, als Organisationen vertreten sie aber eher die Interessen der ärmeren bäuerlichen Bevölkerung¹³.

In manchen Fällen verlaufen die Fronten aber auch quer durch die Organisationen, wie zum Beispiel im Wildlife Fund Thailand (WFT). Die 1984 gegründete NGO, unter der Schirmherrschaft der Königin und mit dem Adeligen Pisit Na Patalung als Generalsekretär, steht aus ihrer Geschichte und ihren Zielen heraus eindeutig in der Tradition der 'Conservationists'. Trotz dieser eher Oberschicht und 'Conservation' orientierten Tradition findet sich aber innerhalb des WFT auch eine starke Gruppe, die sich eher der 'Peoples' Fraktion zugehörig fühlt und in Teilen auch die Politik der Organisation beeinflusst.

In der Debatte um das Gemeindewaldgesetz haben aus der Gruppe der 'Peoples' orientierten NGOs insbesondere das Northern Farmers Network und das Project for Ecological Recovery¹⁴ deutlich Stellung bezogen, auf Seiten der 'Conservation' orientierten NGOs die Green World Foundation, Seub Nakhasathien Foundation¹⁵ und die Dhammaanat Foundation, von der im Zusammenhang mit dem Chom Thong Konflikt noch genauer die Rede sein wird.¹⁶

Die Forstverwaltung als staatlicher Akteur vertritt in der Gemeindewalddebatte eigene Interessen, ihr liegt daran, die zentralisierte Kontrolle über Waldflächen und als solche deklarierte Flächen zu behalten. Sie sucht in der öffentlichen Diskussion die Verbündeten in den 'dunkelgrünen' Naturschutzorganisationen. Dabei sind nicht nur inhaltliche Übereinstimmungen und gemeinsame Ziele von Bedeutung: die führenden Mitglieder einer Organisation wie Dhammaanat kommen aus den gleichen gesellschaftlichen Eliteschichten wie die hohen Beamten der Bürokratie. Von den Vertretern des

¹³Auch die bäuerliche, ländliche Bevölkerung ist natürlich keineswegs homogen. Es ist wahrscheinlich, daß die NGOs nicht die allerärmsten unter den ländlichen Schichten repräsentieren: Landrechte kommen denen zugute, die, wenn auch bislang illegal, über Land verfügen. Auch die Rückkehr zur differenzierten Subsistenzlandwirtschaft hilft nur denen, die zumindest kleine Flächen ihr eigen nennen. So vertritt Delcore (1998) die These, daß in NGOs der ländlichen Entwicklung auch die alte ländliche Elite präsent ist, die durch Marktanbindung und Modernisierung ihre alte Prestigestellung verloren hat und im Wunsch nach weniger Staat und mehr dörflicher Autonomie nicht zuletzt ihre ureigenen Interessen vertritt.

¹⁴ Das Project for Ecological Recovery (PER) wurde 1986, aus der Studentenbewegung heraus, im Zusammenhang der Nam Choan Auseinandersetzungen gegründet, in denen PER eine zentrale Rolle in der Organisation des Widerstands zukam. (Pfirrmann/Kron 1992:58-62)

¹⁵ Seub Nakhasathien war der ehemaligen Direktor des an Thung Yai angrenzenden Schutzgebietes Huay Kha Kaeng. Er beging Selbstmord aus Protest gegen die illegalen Rodungen im Schutzgebiet und die mangelnde Unterstützung in seinem Kampf dagegen. Die im Gedenken an ihn gegründete Seub Nakhasathien Foundation gehört zu den eher 'Conservation' orientierten NGOs.

¹⁶ Daß alle diese 'Conservation' NGOs 'Foundation' in ihrem Namen tragen, auf seiten der 'Peoples' NGOs jedoch die Netzwerke und Projekte überwiegen, ist kein Zufall. Um sich als Foundation staatlich registrieren zu lassen, ist der Nachweis erheblicher Geldmittel erforderlich, über die viele kleine NGOs nicht verfügen, die aber für NGOs, deren Mitglieder sich aus der wohlhabenden Oberschicht rekrutieren, kein großes Problem darstellen. Neben der Registrierung als Foundation, die Geldmittel erfordert, können sich NGOs auch als Association registrieren lassen, was eine erhebliche Zahl an Mitgliedern erfordert. Beide Formen der Registration sind mit viel bürokratischem Aufwand verbunden und eröffnen dem Staat bedeutende Kontrollmöglichkeiten der NGO-Arbeit, weshalb viele, eher oppositionelle NGOs auch auf eine Registrierung verzichten. Einigen kritischen NGOs der Umweltbewegung sowie NGOs, die zu Menschenrechten, ethnischen Minderheiten oder in Grenzgebieten arbeiten, wurde eine Registrierung staatlicherseits auch verweigert. (Amara 1996a:248; Rüländ/Bhansoon 1993:66)

Northern Farmers Network hingegen trennen den Direktor des RFD, neben inhaltlichen Differenzen, auch soziale Welten. Auf einer lokalen Ebene hingegen arbeiten RFD-Angestellte und niedrigere Beamte nicht selten mit den 'Peoples' orientierten NGOs zusammen: hier wirken konkrete Interessen am Waldschutz oft über ideologische Differenzen hinweg, zumal NGO-Aktivisten und RFD-Beamte der unteren Ebenen der Hierarchie häufig aus ähnlichen gesellschaftlichen Hintergründen kommen, was die Verständigung erleichtert.

Inhaltlich vertreten NGOs wie das Northern Farmers Network in der konkreten Diskussion um Gemeindewald die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung an der Nutzung von Waldprodukten wie Bau- und Brennholz sowie Nahrungsmitteln ebenso wie das Interesse am Erhalt der ökologischen Funktionen von Wald innerhalb eines lokalen landwirtschaftlichen Produktionszusammenhanges. Organisationen wie die Seub Nakasathien Foundation hingegen sehen die ökologischen Funktionen von Wald in einem größeren, nationalen Rahmen und stellen abstraktere Vorstellungen vom Wert unberührter Natur in den Vordergrund. Der Gedanke an den Erholungswert von Natur für die städtische Bevölkerung ist dabei im Hintergrund durchaus präsent.

Auf einer anderen Ebene, die implizit in dieser zivilgesellschaftlichen Diskussion mitverhandelt wird, arbeiten die einen für eine stärkere Demokratisierung und Dezentralisierung staatlicher Macht und die anderen für eine starke staatliche Kontrolle der Ressourcennutzung, wenn auch durch einen demokratisch legitimierten Staat. So wie dieser demokratisch legitimierte Staat im Thailand der 90er Jahre beschaffen ist, müssen die Mitglieder von NGOs wie den oben genannten Naturschutzorganisationen seine Macht wenig fürchten. Im Konfliktfall würde der Staatsapparat wahrscheinlich die Interessen der Ober- und Mittelschicht gegen die ökonomisch und sozial weniger einflußreichen gesellschaftlichen Gruppen verteidigen - noch sitzen im Parlament fast ausschließlich diejenigen, die sich einen Wahlkampf und den damit verbundenen, sehr kostspieligen Stimmenkauf leisten können und in der staatlichen Bürokratie rekrutieren sich die höheren Beamten vorwiegend aus den alten gesellschaftlichen Eliten.

In der zivilgesellschaftlichen, öffentlichen Debatte darum, welches Gemeindewaldgesetz den Wald am besten schützt, werden so auch gesellschaftliche Machtverhältnisse verhandelt: wieviel Einfluß hat der Staat auf die Nutzung dieser Wälder und damit die Gruppen, deren Interessen dieser Staat - zumindest im Moment - mehrheitlich vertritt.

Gleichzeitig ist die bloße Debatte um ein solches Gesetz schon ein Ergebnis des Demokratisierungsprozesses und ein Erfolg der weniger privilegierten Gruppen, die sich als zivilgesellschaftliche Akteure formieren. Die Tatsache, daß die Konflikte nicht mehr lokal begrenzt ausgetragen werden, um diesen einen Wald oder diese eine Eukalyptusplantage, ist Zeichen der fortschreitenden Demokratisierung. In der repressiven Atmosphäre Ende der 70er Jahre wäre wohl keine NGO auf den verwegenen Gedanken gekommen, der Öffentlichkeit eine Gesetzesvorlage zu präsentieren. In der Zivilgesellschaft der 90er Jahre, nach dem erfolgreichen Sturz der Militärregierung im Mai 1992, agieren die pro-demokratischen NGOs nicht mehr nur defensiv, re-agieren nicht mehr nur auf staatliche Politik, sondern versuchen, sie aktiv mit zu gestalten. Statt den Staatsapparat lediglich als Herrschaftsinstrument der Eliten zu betrachten, versuchen zivilgesellschaftliche Akteure, die diesen Eliten nicht angehören, in der Gemeindewalddebatte nun ihrerseits, den Staat als gesetzgebende Macht für ihre Interessen zu instrumentalisieren.

Die Debatte begann mit der bereits erwähnten Gesetzesvorlage der NGOs 1993, die damit auf den Entwurf des RFDs 1990 reagierten. Der folgende Diskussionsprozeß führte 1996 zu einem gemeinsamen Entwurf von Vertretern des Staates und der NGOs. Dieser Kompromiß ging den 'Conservationists' und RFD-Beamten zu weit, sie verlangten Revisionen, die sich vor allem auf die Zulassung von Gemeindewäldern in Waldschutzgebieten bezogen. Gleichzeitig forderten die 'Peoples'-NGOs und die Bauernbewegung die schnelle Verabschiedung der Gesetzesvorlage.

Die damalige Regierung griff zum Mittel der öffentlichen Anhörung, um die verschiedenen Standpunkte in den Entwurf zu integrieren, eine größerer Akzeptanz zu schaffen und gleichzeitig den Gesetzgebungsprozeß voranzutreiben. Bevor diese Anhörungen stattfinden konnten, mußte die Regierung jedoch aufgrund von Korruptionsskandalen im November 1996 zurücktreten. Die neue Regierung unter dem ehemaligen Armeechef Chavalith, dem Initiator des Green-Isaan-Programms der Armee (siehe oben), führte das Vorhaben der Vorgängerregierung aus und veranstaltete im Mai 1997 öffentliche Anhörungen.

Das Ergebnis der Anhörungen waren Vorschläge für Zusätze zum ersten Kompromißentwurf. In der strittigen Frage der Gemeindewälder innerhalb von Schutzgebieten hatte man sich darauf geeinigt, daß sie unter der Prämisse, daß die Dorfgemeinschaften zum Waldschutz beitragen, dann möglich sein sollten, wenn die Dorfgemeinschaften nachweisen können, daß sie bereits 1993 dort siedelten. Dies war der Zeitpunkt der damals aktuellsten staatlichen Luftbildaufnahmen.

Im April 1997 hatte das Kabinett unter Chavalith drei für die Gemeindewalddebatte bedeutsame Resolutionen erlassen, die in Thailand als Wang Nam Kaew Resolutionen bekannt sind (im weiteren die April 1997 Resolutionen genannt). Die Resolutionen gewährten den Siedlern in Staatswäldern Bleiberecht, wenn sie zum Waldschutz beitragen. Siedler in Staatswäldern, die besonderen Schutzstatus genießen, wie Nationalparks, Wildschutzgebiete oder sogenannte 'Watershed Forests'¹⁷, sollten dann bleiben dürfen, wenn sie nachweisen können, daß sie bereits vor der Ausweisung zum Schutzgebiet dort lebten. Die Resolutionen eröffneten den Siedlern in Staatswäldern Möglichkeiten, Landrechte für ihre landwirtschaftlichen Flächen zu beantragen und konstatierten, im Widerspruch zur Forstpolitik, daß Mensch und Wald prinzipiell koexistieren können.

Mit diesen Resolutionen wurde die Mehrzahl der bis dato illegalen Siedlungen in Staatswäldern und Waldschutzgebieten faktisch legalisiert, da die weitaus meisten Siedlungen vor der Ausweisung von Schutzgebieten existierten. (BP 7.2.97; BP 2.7.98; Nation 28.6.99) In der Gemeindewalddebatte änderte sich mit den April 1997 Resolutionen die Diskussionsbasis für den strittigen Punkt der Gemeindewälder in Schutzgebieten. Eine schleichende Legalisierung der 'illegalen Eindringlinge' über das Gemeindewaldgesetz mußte nun nicht mehr befürchtet werden, die Legalisierung wurde mit den Resolutionen Realität.

Mit den Resolutionen verprellte die Regierung Chavalith die Naturschutz-NGOs ebenso wie die Forstverwaltung. Sie gab mit diesen Beschlüssen dem Druck der Bauernbewegung unter der Führung des Forums of the Poor nach, die schon im zweiten

¹⁷ 'Watershed Forest' ist eine der Kategorien des Zonierungssystems der Forstverwaltung, die Wassereinzugsgebiete schützen soll.

Jahr während der Trockenzeit monatelang im Regierungsbezirk in Bangkok kampierte, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.¹⁸

Möglicherweise war es geschickte Politik des Regierungschefs, nach den April 1997 Resolutionen der Forstverwaltung und den Naturschutzorganisationen in puncto Gemeindewaldgesetz zu einem Sieg zu verhelfen, indem nicht der ausgehandelte Kompromißentwurf vom Kabinett an das Parlament weitergereicht wurde, sondern ein Entwurf aus dem Hause des Premierministers. Die in der ursprünglichen Version ausgehandelten Positionen der 'Peoples'-NGOs und Bauernbewegung fanden sich darin nicht wieder, weshalb NGOs wie das Northern Farmers Network ihre Unterstützung des Gesetzgebungsprozesses zurückzogen. (Brenner et al. 1999:20)

Auch dieser Gesetzentwurf gelangte nicht zur Verabschiedung. Im November 1997 trat Chavalith aufgrund der Asienkrise zurück und Chuan übernahm die Regierung. In Bezug auf das Gemeindewaldgesetz blieb die Chuan-Regierung zunächst untätig, setzte dann aber im Mai 1998 wieder ein gemeinsames Komitee ein, das RFD-Beamte und NGO-Vertreter einschloß. (Brenner et al. 1999:23)

Trotz dieser Anstrengung zur Kooperation wurde die Auseinandersetzung schärfer. Die April 1997 Resolutionen, der Kompromißentwurf des Gemeindewaldgesetzes und nicht zuletzt die neue Verfassung vom Oktober 1997, die der lokalen Bevölkerung das Recht einräumt, ihre natürlichen Ressourcen zu nutzen und zu verwalten, waren Erfolge der Bauernbewegung und ihr nahestehender NGOs. Forstverwaltung und Naturschutzgruppen verstärkten angesichts dieser Erfolge ihre Anstrengungen und leiteten damit die aktuelle Phase der Auseinandersetzung ein.

Der Anfang 1998 neu ernannte Generaldirektor der Forstverwaltung Plodprasop Suraswadi machte bereits zu Beginn seiner Amtszeit klar, daß eine Koexistenz von Mensch und Wald seiner Meinung nach nicht möglich ist. Mit der Rücknahme der April 1997 Resolutionen am 30. Juni 1998 war diese Position wieder einvernehmliche Staatspolitik: Forstverwaltung und Naturschutzgruppen hatten einen wichtigen Sieg errungen.

Mit der bis heute gültigen 30. Juni 1998 Resolution veränderte sich die Situation wieder grundlegend, nur noch Siedlungen, die bereits vor der Deklaration als Staatswald existiert haben, genießen ein Bleiberecht und sind von Zwangsumsiedlungen ausgeschlossen. Auch dies jedoch nur dann, wenn die Forstverwaltung das betreffende Gebiet nicht als 'ecological sensitive area' einstuft. Da die Ausweisung als Staatswald der Schutzgebietsdeklaration meist um Jahrzehnte vorausging, sind mit dieser Entscheidung die meisten der Siedlungen in Schutzgebieten illegal und von Umsiedlung bedroht. (BP 1.7.98; BP 2.7.98; Nation 22.7.98; BP 24.9.98; Nation 28.6.99)

Die von Premierminister Chuan im Mai 1998 eingesetzte Kommission zur Verbesserung des Gemeindewaldgesetzes arbeitete derweil weiter und schickte Ende 1998 schließlich ihren Gesetzentwurf an die Forstverwaltung, bevor er in das Kabinett und

¹⁸ Zwar versuchte die Forstverwaltung im späteren Verlauf der Debatte die April 1997 Resolutionen als ganzes rückgängig zu machen, aber Vertreter der Bauernbewegung und ihnen nahestehende NGOs wie Akademiker differenzierten zwischen den verschiedenen Resolutionen: Sie sahen nur die erste (17.4.97) und die letzte (29.4.97) als Erfolge der Proteste an, während sie in der Resolution vom 22.4.97 tendenziell die Interessen des RFD an kommerziellen Plantagen vertreten sahen und befürchteten, daß diese Resolution die Aneignung von Land durch finanzstarke und lokal einflußreiche Personen ermöglichte. (Watershed 1998 4,1:27f)

von dort dann in das Parlament eingebracht werden sollte. Der Entwurf des Komitees wurde sowohl vom Forum of the Poor als auch von der Forstverwaltung kritisiert.

Die Forstverwaltung nutzte ihren Vorteil als staatlicher Akteur: sie legte statt des Komitee-Entwurfes, der über sie wieder an das Kabinett gehen sollte, im Juni 1999 einen eigenen Entwurf zur Weiterleitung an das Kabinett vor, an dem keine anderen gesellschaftlichen Gruppen beteiligt waren. (Nation 13.1.99; BP 7.6.99; BP 13.6.99; BP 17.5.99; BP 18.6.99)

NGOs, darunter die Northern Community Forest Assembly, haben daraufhin den Entwurf der Forstverwaltung überarbeitet und mit dem 1996 gemeinsam ausgearbeiteten Entwurf kombiniert. Diese Gesetzesvorlage wollen sie nun ins Parlament einbringen. Sie nutzen damit die Möglichkeiten der neuen Verfassung vom Oktober 1997. Danach können Nichtparlamentarier, sofern sie die erforderliche Anzahl von 50000 Unterschriften sammeln, Gesetzesvorlagen im Parlament einbringen. Bis November 1999 sollen diese 50 000 Unterschriften nach Zielsetzung der NGOs vorliegen.

Sollte der Entwurf der Forstverwaltung Gesetzeskraft erlangen, wäre der Versuch der gesellschaftlich eher schwächeren Gruppen, ihre Interessen im Zusammenhang des Gesetzgebungsprozesses mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen, kläglich gescheitert. Aber die neue Verfassung gibt zivilgesellschaftlichen Akteuren neue Spielräume und der Ausgang der Debatte ist nach wie vor ungewiß.

6. Die Chom Thong Kontroverse: das andere Gesicht der Zivilgesellschaft

Die Gemeindeforstdebatte ist der Versuch eher unterprivilegierter gesellschaftlicher Gruppen, vor dem Hintergrund ihrer Erfolge in den 'Umweltkonflikten' der 80er Jahre, ihre organisatorische Stärke nun auf der Ebene der Gesetzgebung für ihre Interessen zu nutzen. Trotz ihrer schwachen Position in diesem Prozeß waren sie darin zunächst teilweise erfolgreich, stießen aber bald auf heftigen Widerstand zivilgesellschaftlicher wie staatlicher Akteure. Mit der neuen Verfassung ist die repressive Unterdrückung der mißliebigen Gruppen, die sich die letzte Militärregierung in den Auseinandersetzungen um Eukalyptus 1991 noch leisten konnte, nicht mehr so einfach möglich. Die Gegenbewegung konzentriert sich nun auf die Zivilgesellschaft, sucht dort Koalitionen, indem sie bestimmte Gruppen ausgrenzt und mit anderen koalitiert. Die wachsende Bedeutung solcher Ausgrenzungsstrategien in den jüngeren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Ressourcen, Macht und 'Umwelt', läßt sich exemplarisch anhand der Chom Thong Kontroverse nachzeichnen, in deren Kontext zunehmend rassistische Positionen entwickelt und instrumentalisiert werden.

1983 kehrte der Mönch Ajarn Pongsak Tejadhammo, zusammen mit der Adelligen M.R. Smansnid Svasti, in das Mae Soi Tal im Chom Thong Distrikt zurück, das er Ende der 70er Jahre als meditierender Waldmönch kennengelernt hatte, um dort ein Meditationszentrum aufzubauen.

Zu seiner Überraschung fand er das Mae Soi Tal in einem desolaten Zustand vor. Ein britisches Holzeinschlagsunternehmen (Bombay-Burma Co.) hatte die Teakbestände eingeschlagen und thailändische Unternehmen hatten den Rest der Waldbestände im Tal abgeholzt.

Phra Ajarn Pongsak Tejadhammo gründete daraufhin die Dhammaanat Foundation for Conservation and Rural Development¹⁹ mit dem Ziel, den Bergwald, der für ihn eine zentrale Voraussetzung für das ökologische Gleichgewicht des Tales und insbesondere den Wasserhaushalt darstellte, wieder aufzuforsten und vor erneuter Zerstörung zu schützen. Um den Lebensstandard der im Tal lebenden Thai-Bauern zu erhöhen, förderte Dhammaanat den Anbau der Cash Crops Longanfrucht und Chillie, mit denen einzelne Familien zuvor bereits ihren Naßreisbau ergänzt hatten. Schon Ende der 70er Jahre gab es ca. 800 ha Longanplantagen im Tal. Die massive Ausweitung dieser Plantagen, bei weitem nicht nur durch die ansässigen Thai-Bauern, sondern auch durch Plantagenbesitzer aus Chiang Mai, Bangkok und anderen Städten, sollte zentrale Ursache des späteren Konfliktes um Wasserressourcen werden.

Das wichtigste Anliegen der Foundation war jedoch der Schutz des Bergwaldes. Als Hauptbedrohung für den Erhalt des Bergwaldes identifizierte die Foundation die in den höheren Lagen des Chom Thong Distriktes siedelnde ethnische Minderheit der Hmong. Diese waren schon seit den 30er Jahren dort ansässig und hatten 1974 auf den Berghängen oberhalb des Mae Soi Tales das Dorf Pa Kluay gegründet, nachdem sie, wahrscheinlich ihren alten Landnutzungspraktiken folgend, ihre frühere Siedlung in etwa 10 km Entfernung von Pa Kluay, aufgegeben hatten.

Dieses 'traditionelle' Landnutzungssystem der Hmong beruhte auf dem Einschlag älterer Wälder. Die Felder wurden solange genutzt, bis deutliche Ertragseinbußen das Roden neuer Flächen erforderlich machten. Waren in der Umgebung einer Siedlung die erreichbaren, geeigneten Flächen gerodet, so wurde die Siedlung verlassen und ein neues Dorf aufgebaut. Die ehemaligen Felder wurden der natürlichen Sukzession überlassen und konnten sich, über einen entsprechend langen Zeitraum hinweg, wieder aus dem sie umgebenden 'Primärwald' regenerieren. In dieses Landnutzungssystem integriert war meist der Anbau von Opium als Cash Crop.

Dieses Nutzungssystem mit 'Primärwaldeinschlag' und Opiumanbau sowie das Engagement verschiedener Hmong Gruppen auf seiten der kommunistischen Guerilla in den Unruhen der 60er und 70er Jahre, prädestinierten die Hmong dazu, die Vorlage abzugeben für das rassistische Stereotyp der gefährlichen, waldzerstörenden und Opiumanbauenden Unruhestifter, welches schnell auf alle in den Berggebieten lebende ethnische Minderheiten, die sogenannten 'Hilltribes', übertragen wurde. Daß diese Kategorisierung zum zentralen Differenzierungsmerkmal in Ressourcenkonflikten gemacht wird, ist jedoch eine neuere Entwicklung der letzten Jahre.

Der Stacheldraht, mit dem die Dhammaanat Foundation 1985 Anbauflächen der Hmong in der Nähe des Dorfes illegal einzäunte um sie an der Nutzung zu hindern, war ein klares Signal gegenüber dem Bergdorf und wurde auch als ein solches aufgefaßt. Die (Thai-)Talbevölkerung wurde von der Foundation bei der Anlage von Cash Crop Plantagen unterstützt, während man den Hmong-Familien, die im Rahmen eines 1984 durch das Thai-Norwegian Highland Development Program durchgeführten Opiumsubstitutionsprogramms begannen, Kohl und Kartoffeln anzubauen, demonstrativ Stacheldrahtgrenzen entgegensetzte.

¹⁹ Phra Ajarn Pongsak Tejadhammo ist derzeit Präsident und M.R. Smansnid Svasti Vizepräsidentin der Dhammaanat Foundation.

Die Opiumsubstitutions- und Hochlandentwicklungsprogramme der 80er Jahre richteten sich in erster Linie an die ethnischen Minderheiten, die vom Opiumanbau abgebracht und in die Marktwirtschaft integriert werden sollten. Die materielle Unterstützung der Minderheiten rief unter der thailändischen Talbevölkerung auch Neid hervor, ein Aspekt, der für die Ausweitung des Konfliktes auf Distriktebene Ende der 80er Jahre nicht ohne Bedeutung war.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Tiefland wie im Hochland weiteten sich die Konflikte zwischen den beiden Gruppen zu handfesten Ressourcenkonflikten aus. Die bewässerungsintensiven Longanplantagen im Tal waren von 800 ha Ende der 70er Jahre auf über 5000 ha im Jahr 1998 ausgedehnt worden. Die Hmong hatten, nachdem sie aufgrund des Konfliktes mit der Talbevölkerung auf die weniger flächenintensiven Cash Crops Blumen und Obst (Pflaumen, Pfirsiche) umgestiegen waren, ihre Anbauflächen von 320 auf 160 ha reduziert.

Trotzdem wurde die Bergbevölkerung der ethnischen Minderheiten von der Thai-Bevölkerung zunehmend als Bedrohung für die eigenen Interessen erlebt. Zur Verteidigung derselben gründeten Bauern des Distrikts Chom Thong 1989 den Chom Thong Watershed and Environment Conservation Club (CTCC). Er verstand und versteht sich vor allem als Interessenvereinigung der auf Bewässerungsanlagen angewiesenen Longanplantagen Besitzer. Diese machen den größten Teil der Mitglieder aus und sind meist keine ansässigen Bauern, sondern leben überwiegend in Bangkok, Chiang Mai und anderen großen Städten. Zusammen mit der Dhammanaat Foundation setzte sich der CTCC die Umsiedlung der in den Berggebieten des Chom Thong Distrikts lebenden ethnischen Minderheiten zum Ziel, denen sie vorwarfen, aus Profitgründen rücksichtslos den Bergwald zu vernichten sowie durch Pestizideinsatz das Wasser zu verunreinigen und damit die Wasserversorgung der Thai-Bauern im Tiefland zu gefährden und der Allgemeinheit zu schaden.

Ideologisch beziehen sich die Umsiedlungsbefürworter auf Positionen, die auch auf nationaler Ebene dominieren, insbesondere die Bedeutung der 'Watershed Forests' für den lokalen und nationalen Wasserhaushalt sowie auf die vermeintliche Unvereinbarkeit von Wald und Mensch.

Unterstützung suchen sie vor allem beim RFD, zu dessen ehemaligem Generaldirektor Phairot Suvannakorn²⁰ Dhammanaat enge Kontakte unterhält, bei Akademikern in Thailand, sowie bei internationalen Umweltschutzorganisationen (WWF-UK) und Akademikern in Großbritannien. (Watershed 1998 4,1:10-28)

Den zunehmend aggressiver werdenden Anschuldigungen der Umsiedlungsbefürworter stehen offensichtliche Bemühungen der Hmong gegenüber, den Konflikt zu entschärfen: Wiederaufforstungen, Ausweisung und Kontrolle von Schutzwäldern, Umstellung des Landnutzungssystems und Verringerung der Anbaufläche sowie wiederholte Gesprächsangebote. Mehrfach hielten von Dhammanaat und CTCC gegen die Hmong vorgebrachte Anschuldigungen, sie würden neue Flächen roden, einer Prüfung durch Forstbeamte und externe Beobachter nicht stand. Unterstützung erhielten die Hmong zunehmend von Akademikern der Chiang Mai Universität sowie sozial und politisch enga-

²⁰ Der ehemalige Generaldirektor des RFD Phairot Suvannakorn hat sich, nach eigenen Angaben, während seiner Amtszeit in besonderem Maße und mit persönlichem Einsatz für die Umsiedlung der Menschen aus den Staatswäldern stark gemacht. (1996, Persönliche Kommunikation)

gierten thailändischen NGOs (Northern Farmers Network, Northern Development Foundation). Darüber hinaus suchten inzwischen auch sie internationale Unterstützung bei Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen (IWGIA, World Rainforest Movement) und stellten ihre Situation auf der International Conference on Thai Studies 1999 in Amsterdam vor. Chayan Wattanaputhi, der das Anliegen der Hmong in Amsterdam unterstützt hatte, wurde nach seiner Rückkehr vom Gouverneur Chiang Mais vorgeworfen, sein Land verraten zu haben und interne Angelegenheiten Ausländern offenbart zu haben. Er und drei weitere Akademiker²¹, die die ethnischen Minderheiten in ihrem Kampf um Siedlungsrechte unterstützen, fanden Ende Juli anonyme Morddrohungen in ihrer Post. (Nation 3.6.98; Nation 13.10.98; Nation 12.7.99; Nation 29.7.99; Nation 3.7.99)

Seit Sommer 1997 eskaliert der Konflikt. Im Juli 1997 wendeten sich Dhammanaat und andere im Kontext der ethnischen Konflikte entstandene NGOs mit ihren Anschuldigungen an den Staat. Sie reagierten mit diesem Vorstoß auch auf die bereits erwähnten Kabinettsresolutionen vom April 1997. Die Legalisierung von Siedlungen in Schutzgebieten und die Anerkennung der möglichen Koexistenz von Mensch und Wald in diesen Resolutionen ist eine Haltung, die die Naturschützer der Dhammanaat Foundation ebenso wenig akzeptieren wollten wie die Interessenvertreter der Tieflandplantagenbesitzer. In einem Brief an die Regierung und zuständigen Behörden forderten sie kategorisch die Umsiedlung der 'Hilltribes', insbesondere die der Hmong im Chom Thong Distrikt, aber auch generell die Umsiedlung aller in höheren Lagen und damit in den 'Watershed Forests' lebenden ethnischen Minderheiten. Damit agierten die zuvor überwiegend lokal und regional präsenten NGOs nun auch auf nationaler Ebene. Die Auseinandersetzungen fanden als 'Agricultural War' breite Medienaufmerksamkeit und wurden argumentativ geschürt von mit Dhammanaat sympathisierenden Akademikern. (BP 20.7.97; BP 27.7.97)

Im Frühjahr 1998 kamen verschiedene Ereignisse zusammen, die den nun nationalen Konflikt noch weiter anheizten. Nicht zuletzt aufgrund globaler Klimaverhältnisse (El Nino) war die Trockenzeit in diesem Jahr besonders stark ausgeprägt und verschärfte die Wasserknappheit.

Dies wirkte sich verheerend auf große Teile der Longanplantagen aus, deren Anbaufläche, vermutlich auch als Reaktion auf die Asienkrise, von 1997 auf 98 noch einmal um ein Drittel erhöht worden war. Vor dem Hintergrund eben dieser Wirtschaftskrise traf der Verlust der Plantagen die Besitzer besonders hart.

Zur Wasserknappheit kamen Brände im benachbarten Doi Inthanon Nationalpark, die von Januar bis März 98 landesweit für Schlagzeilen sorgten. Zumindest ein Teil der Brände war wahrscheinlich auf die außerordentliche Dürre zurückzuführen. Ob Brandstiftung im Spiel war, ließ sich nicht zweifelsfrei feststellen. Dhammanaat und der stellvertretende Agrarminister Newin Chidchob verdächtigten die Hmong, die Brände gelegt zu haben, um so ihre Anbauflächen ausdehnen und mit Hilfe der Kabinettsresolutionen vom April 1997 später Landrechte geltend machen zu können. Auf der Seite der Hmong, die in der aufgeheizten politischen Atmosphäre nur schwerlich ein Interesse daran gehabt haben können, 'das Feuer weiter zu schüren', wurden als Urheber der Feuer eher auswärtige Geschäftsleute vermutet, denen unterstellt wurde, Touristenresorts im

²¹ Von Morddrohungen betroffen waren Chayan Wattanaputhi, Nithi Iawsriwong, Chaiphon Praphasawas und Uthaiwan Kanchanakol. (Nation 31.7.99)

Nationalpark bauen zu wollen. (Nation 30.3.98; Nation 7.4.98; BP 22.5.98; Watershed 1998 4,1:10-28)

Die 'dunkelgrünen' NGOs sahen sich im April 1998 einem Teilsieg nahe, als der Agrarminister Pongpol Adireksarn sich, im von Premierminister Chuan geführten Kabinett, für die Rücknahme der April Resolutionen der Chavalith -Regierung vom Jahr zuvor einsetzen will. Als der Agrarminister seine Eingabe dann überraschend zurückzog²², löste dies heftige Reaktionen bei Dhammaanat und unter den Mitgliedern des Chom Thong Conservation Clubs aus. Sie versammelten sich in Chiang Mai und forderten einmal mehr die Umsiedlung aller 'Hilltribes' aus den Wäldern und die Aufhebung der April 1997 Resolutionen.

Die in dieser Demonstration verbrannten Strohpuppen sollten fünf Professoren der Chiang Mai Universität darstellen²³. Die Professoren hatten sich für die Möglichkeit menschlicher Siedlungen und Nutzungen in Staatswäldern und Schutzgebieten ausgesprochen und traten insbesondere auch als Verteidiger der ethnischen Minderheiten im Chom Thong Distrikt in Erscheinung. Mit dieser Puppenverbrennung gewinnt die Auseinandersetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren eine neue Note: bislang war solch aggressive Ablehnung durch NGOs Vertretern des Staates vorbehalten gewesen. (Nation 22.4.98; Watershed 1998 4,1:10-28)

Die 'Conservationists' blieben aktiv und blockierten Straßen, um die Untersuchungskommission, die die Landansprüche der Hmong prüfen sollte, an der Zufahrt in die Berggebiete zu hindern. Die Pfosten eines neuen Zauns, um ein neu ausgewiesenes Schutzgebiet in der Nähe des Hmong Dorfes, wurden in den Nationalfarben Thailands gestrichen, ein unmißverständliches Zeichen gegenüber den Hmong, den 'Nicht-Thais', die das nationale Wohl Thailands gefährden. (BP 30.4.98; Watershed 1998 4,1:10-28)

Nicht nur innerhalb der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht-staatlicher Akteure wurde der Ton schärfer. Die Forstverwaltung reagierte ebenfalls auf die Erfolge der Bauernbewegung. Der neue Chef der Forstverwaltung Plodprasop Suraswadi schloß ein Abkommen mit dem Militär, um gegen illegale Siedlungen effektiver vorgehen zu können. Im März 1998 nahmen RFD-Beamte überfallartige Massenverhaftungen im Dorf Pang Daeng in der Provinz Chiang Mai, Distrikt Chiang Dao vor. Den 56 Inhaftierten, Angehörigen verschiedener ethnischer Minderheiten, wurde illegales Roden von Staatswald vorgeworfen. Erst nach einem halben Jahr Gefängnis wurden sie, wegen fehlender Beweise entlassen. (Nation 6.10.98; BP 19.5.98; Nation 5.7.99; Watershed 1998 4,1:7)

Die Politik gegenüber Siedlungen in Schutzgebieten wird repressiver und erfährt eine zunehmend rassistische Wendung. Auch die Aufhebung der April 1997 Resolutionen im Juni 1998 trifft die ethnischen Minderheiten härter als die thailändische Bevölkerung, da deren Siedlungen seltener innerhalb der Schutzgebiete liegen.

²² Schon diese Eingabe zielte darauf ab, die April 1997 Resolutionen dahingehend zu ändern, daß Nutzungsrechte in Schutzgebieten nur den Gruppen erteilt werden sollten, die nachweisen können, daß sie bereits vor der Einrichtung der Schutzgebiete dort siedelten. Darüber hinaus sollte es möglich sein, in als 'sensitiv' deklarierten Gebieten jegliche Besiedlung zu unterbinden. (Nation 4.4.98)

²³ Die Professoren sind: Nithi Iawsriwong, Anan Ganjanapan, Chayan Wattanaphuti, Shalardchai Rami-tanond, Yos Santasombat. (Nation 22.4.98; Watershed 1998 4,1:28)

Dieser 'Roll Back' führte auch auf seiten der ethnischen Minderheiten und ihrer Sympathisanten zur stärkeren Organisation. Bereits in den 80er Jahren waren, in Reaktion auf die Diskriminierungen im Zusammenhang der thailändischen Forst- und Minderheitenpolitik, erste NGOs zur Unterstützung ethnischer Minderheiten und Selbsthilfeorganisationen²⁴ entstanden.

Diese Gruppen organisierten, unterstützt von 'Peoples' orientierten 'Thai'-NGOs und Akademikern²⁵, dem Beispiel des Forum of the Poor folgend, ab dem 26. April eine Versammlung von über 3000 Menschen der verschiedenen 'Hilltribe' Gruppen vor der Provinzverwaltung im Stadtzentrum Chiang Mai. Sie forderten ein Recht auf die thailändische Staatsbürgerschaft für die ethnischen Minderheiten²⁶ und einfachere Anerkennungsverfahren, sowie das Recht in Schutzgebieten zu leben, in denen sie z.T. schon seit Generationen siedeln.

Am 02. Mai begannen Verhandlungen der Demonstranten mit dem stellvertretenden Innenminister Vatana Asvahame und dem stellvertretenden Agrarminister Newin Chidchob. Dessen Äußerung, Landrechte sollten im Rahmen eines Gemeindewaldgesetzes nur an Thai vergeben werden, macht einmal mehr deutlich, welche rassistischen Untertöne die Debatte hat und wie wichtig die Forderung nach der Staatsbürgerschaft für die ethnischen Minderheiten ist. (BP 16.5.99; BP 6.6.99; BP 28.6.99)

Man einigte sich in Chiang Mai auf die Bildung verschiedener Komitees zur weiteren Verhandlung der Forderungen. Nach der Beratung dieser Vereinbarung am 11.05. im Kabinett mussten die Demonstranten feststellen, daß die vereinbarte Zusammensetzung der Komitees verändert worden war und nun keine Vertreter der ethnischen Minderheiten und der sie unterstützenden Akademiker mehr vorgesehen waren, worauf sie beschloßen, ihre Demonstrationen fortzusetzen. (BP 16.5.99)

In einer Nacht- und Nebelaktion²⁷ wurde die Versammlung der ca. 3000 Demonstranten vom 18. auf den 19. Mai, unter der Androhung von Gewalt, von einem Aufgebot von 1200 Forstbeamten und 400 Polizisten vertrieben. Anwesende Akademiker der Chiang Mai Universität, die zu vermitteln versuchten, führten die Menschen schließlich auf den

²⁴ Zu den wichtigsten von den ethnischen Minderheiten überwiegend selbst getragenen Organisationen gehören Inter-Mountain Peoples Education and Culture in Thailand (IMPECT) und die Assembly of Hilltribe People of Thailand.

²⁵ Assembly of Community Forestry in Northern Thailand, Assembly of Academics for the Poor, Northern Farmers Network. (BP 16.5.99)

²⁶ Im Gegensatz zu der offiziell immer wieder bekundeten Integrationspolitik der thailändischen Regierungen gegenüber (!) den ethnischen Minderheiten der Berggebiete, den sog. 'Hilltribes' (die sich in der konkreten Praxis i.d.R. eher als mehr oder weniger radikaler Assimilationsversuch darstellt), verhält sich die dafür zuständige Bürokratie ganz überwiegend zurückhaltend bis restriktiv in Sachen Vergabe von Staatsbürgerschaft an Mitglieder dieser Gruppen, bzw. werden die verfahrensrechtlichen Grauzonen, Ermessensspielräume und Machtgefälle auf lokaler Ebene nicht selten zur privaten Bereicherung genutzt. In den letzten Jahren scheint sich die Vergabepaxis sogar noch verschlechtert haben.

Von den geschätzten ca. 840.000 'Hilltribe People' in Thailand sollen ca. 300.000 die Thai Staatsbürgerschaft besitzen. Der Rest muß sich im besten Fall mit dem sog. blauen Identitätsnachweis ('blue ID card' und 'thor ror 13' Aufenthaltsgenehmigung) zufrieden geben, der einen fünfjährigen legalen Aufenthalt in Thailand ermöglicht und die Beantragung der Staatsbürgerschaft erleichtern soll, aber mit ganz erheblichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit in Thailand verbunden ist. (BP 20.5.99; Nation 12.7.99; Nation 14.7.99; McKinnon 1989:342f; Deuleu/Naess 1997:193f)

²⁷ Bei Anwesenden und Journalisten löste die Aktion vielfach Assoziationen an die sog. Black May Ereignisse aus, in denen 1992 vom 17-19 Mai das Militär etliche Demonstranten erschöß, die die Abdankung des damaligen Premierministers Suchinda Kraprayoon forderten. (BP 6.6.99)

Campus der Universität. Als am nächsten Tag eine Koalition von 16 Organisationen die Vertreibung der friedlichen Demonstranten als einen Verstoß gegen die neue Verfassung verurteilt, will von den Verantwortlichen niemand mehr etwas damit zu tun gehabt haben. Der Generaldirektor des RFD hatte seine Beamten angeblich nur geschickt um im Auftrag des Gouverneurs die Zelte und den Müll weg zu räumen, der Gouverneur war für eine Woche nicht zu sprechen und der stellvertretende Agrarminister Newin erklärte das ganze sei nur ein 'Unfall' gewesen, wäre gar nicht passiert wenn es keine Proteste gegeben hätte und die Journalisten möchten den Vorfall doch am besten gleich vergessen. (BP 20.5.99; BP 6.6.99)

Staatliche Akteure greifen, wie dies Beispiel zeigt, angesichts zivilgesellschaftlichen Protests nach wie vor zu repressiven und undemokratischen Mitteln, um der 'rationalen Diskussion um die besseren Argumente' zu entgehen. Der normative Begriff von Zivilgesellschaft ist aber schon soweit durchgesetzt, daß der Staat dieses Vorgehen nach außen nicht mehr offensiv vertreten kann.

Am 20. Mai beschloßen die Demonstranten schließlich die Versammlung aufzulösen, nachdem der Innenminister zugestimmt hatte, die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der 'Hilltribes' voran zu treiben und der Agrarminister deren Verbleib 'in den Wäldern' erst einmal davon abhängig gemacht hatte, daß sie sich bei der Forstverwaltung ihres Distrikts registrieren lassen.²⁸ Diese Zusagen müssen, angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit, der involvierten Interessen und Machtkonstellationen sowie jüngster Ereignisse, von denen im nächsten Beispiel die Rede sein wird, mit gehöriger Skepsis betrachtet werden.

7. Karen in Thung Yai: Rassismus und Staatsterror

Die rassistische Ausgrenzungsstrategie zivilgesellschaftlicher Akteure im Chom Thong Konflikt wurde durch Äußerungen hochrangiger Politiker gefördert. Darüber hinaus wird sie von staatlichen Akteuren aber auch für eigene Interessen genutzt, wobei sich diese Interessengruppen innerhalb des Staatsapparates der Unterstützung durch diejeni-

²⁸ Diesem vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Minderheiten, Staatsapparat und 'Conservationists' auf nationaler Ebene, folgt ein eher regionales Nachspiel im Kontext der ethnischen Konflikte im Chom Thong Distrikt.

Im Juni 99 demonstrieren hunderte von aufgebrachten Mitgliedern des Chom Thong Conservation Clubs, auf dem Gelände der Chiang Mai Universität. Ihre Vorwürfe richten sich vor allem gegen die drei Professoren (Chayan Watthanaphuti, Anan Ganjanapan, Shalardchai Ramitanond), die die ethnischen Minderheiten während ihrer Demonstration in Chiang Mai unterstützten. Sie werfen ihnen vor, die Öffentlichkeit mit inakzeptablen Schlußfolgerungen aus ihren akademischen Studien verwirrt zu haben und ihre Position zu mißbrauchen, um die 'Hilltribes' ("von denen jedermann wisse daß sie Wald zerstören") gegen die Gesetze aufzuhetzen und in ihren illegalen Aktivitäten zu unterstützen. Darüber hinaus hätten sie Geld aus dem Ausland angenommen um dem eigenen Land zu schaden, ein Vorwurf den Forstbeamte über Lautsprecher bereits während der nächtlichen Räumungsaktion im Mai gegenüber den Akademikern und NGOs erhoben hatten. Die Demonstranten verlangen von der Universität disziplinarische Maßnahmen gegenüber den drei Professoren aufgrund staatschädigenden Verhaltens sowie eine Untersuchung ihrer Rolle in den Auseinandersetzungen. (BP 4.7.99; Nation 10.7.99)

Der Vorfall in Chiang Mai hat ein Echo in Bangkok, wo die Student Federation of Thailand in einer Versammlung vor dem Regierungspalast ihre Professoren, die als Berater für den Innenminister Sanan Kachornprasart tätig sind dazu aufrufen, zu ihrer primären Aufgabe, der Lehre, zurückzukehren, und ihnen vorwerfen, in ihrer Beraterfunktion mitverantwortlich zu sein für das zunehmend gewalttätige Vorgehen des Staatsapparates gegenüber demonstrierenden gesellschaftlichen Gruppen. (BP 4.7.99)

gen Teile der Zivilgesellschaft sicher sein können, die eben diese Argumentation in Umwelt- und Ressourcenkonflikten verfolgen. Mit dieser auf nationalistische und rassistische Tendenzen setzenden Koalition mit zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und der Projektion komplexer Interessenkonflikte auf einfache ethnische Konflikte, versuchen diese staatlichen Akteure ihre Interessen durchzusetzen und gegenüber einer stärker gewordenen kritischen Zivilgesellschaft wieder an Boden zu gewinnen.

Wie erfolgreich die Forstverwaltung mit ihrer Strategie der Ausgrenzung und Instrumentalisierung ethnischer Ressentiments sein kann, soll am Beispiel der im Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary lebenden Gruppen der ethnischen Minderheit der Karen gezeigt werden. Im Windschatten der Auseinandersetzungen in Chiang Mai konnten das RFD und Militär dort in einem 'Pilotprojekt' die Rückkehr zum autoritären, repressiven Umgang mit gesellschaftlich eher machtlosen Gruppen in die Tat umsetzen, ohne auf effektiven Widerstand einer breiteren kritischen Öffentlichkeit zu stoßen.

Schauplatz des Geschehens ist wieder das Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary, in dem zwei Jahrzehnte zuvor der Nam Choan Damm gebaut werden sollte. Es erstreckt sich auf einer Fläche von ca. 3600 km² entlang der thai-burmesischen Grenze. 1991 wurde es zusammen mit dem benachbarten Huai Kha Khaeng Wildlife Sanctuary, von der UNESCO zu einer World Heritage Site erklärt, nicht zuletzt aufgrund der erfolgreichen Anti-Damm Kampagne. Die beiden Schutzgebiete bilden den Kern des sogenannten Western Forest Complex, der administrativ in eine Vielzahl von Wildlife Sanctuaries und National Parks gegliedert ist. Das Areal ist als Waldgebiet hinsichtlich Biodiversität, Wald- und Wildschutz von erheblicher Bedeutung für Thailand und Festland-Südostasien. Daher spielt das Gebiet auch in den strategischen Überlegungen des Royal Forest Department (RFD) im Hinblick auf ihr nationales Schutzgebiets-Konzept eine zentrale Rolle.

Gruppen der ethnischen Minderheit der Karen siedeln historisch belegbar seit über 200 Jahren im jetzigen Schutzgebiet. Bis heute bauen sie dort überwiegend Bergreis in einer subsistenzorientierten Form des zyklischen Brandrodungsfeldbaus an, ergänzt durch Naßreisbau.

Im Gegensatz zum Stereotyp der waldzerstörenden, gesellschaftsschädigenden 'Hilltribes', werden die Karen und insbesondere auch ihre Siedlungen in Thung Yai von der 'Peoples' orientierten Fraktion in der aktuellen forst- und umweltpolitischen Diskussion in Thailand als Beispiel für die These angeführt, daß Waldschutz und -nutzung durch die lokale Bevölkerung durchaus miteinander vereinbar sind.

Auf der anderen Seite wurde seit der Einrichtung des Schutzgebietes und verstärkt nach der Erklärung zur World Heritage Site immer wieder ihre Umsiedlung gefordert, sahen sich die Karen, abhängig von wechselnden personellen Besetzungen und politischen Strategien, mehr oder weniger starken Repressionen durch Forstverwaltung (RFD), dem im Gebiet stationierten Militär und der Border Patrol Police²⁹ (BPP) ausgesetzt.

Aufgrund der Aufmerksamkeit, die das Gebiet im Zusammenhang der Nam Choan Kampagne gefunden hatte und des positiven Images der im Einklang mit der Natur lebenden traditionellen Karen-Dorfgemeinschaften, fiel es dem RFD in den 90er Jahren

²⁹ Eine Art Grenzschutztruppe, die insbesondere auch zur Kontrolle und mit dem Auftrag der Thaiisierung ethnischer Minderheiten (zum Beispiel in den von der BPP unterhaltenen Schulen) eingerichtet wurde und in den Berggebieten eingesetzt wird.

zunächst immer schwerer, ihre Umsiedlungspläne öffentlich zu legitimieren, zumal die rechtlichen Grundlagen einer Umsiedlung bis heute politisch umstritten und im Fluß sind (siehe oben).

Das RFD ging deshalb Anfang der 90er Jahre zu weniger offensichtlicher Repressionen zur Durchsetzung ihrer Ziele über (nicht nur in Thung Yai, vergl. Nation 14.7.99). Sie setzten das traditionelle, auf der zyklischen Nutzung der Felder nach Brachezeiten von i.d.R. 7-15 Jahren beruhende nachhaltige Landnutzungssystem der Karen unter Druck, indem sie die Nutzung von Bracheflächen, die älter als drei Jahre sind, untersagten. Dies wurde unter Androhung und Verhängung von Geld- und Gefängnisstrafen durchgesetzt. Langfristig muß das traditionelle Anbausystem dadurch zwangsläufig zusammenbrechen, da die Böden durch die erzwungene Übernutzung sehr schnell ihre Produktivität verlieren, was sich z.T. bereits bemerkbar macht.

Die einzige Alternative, die den Karen im Schutzgebiet in dieser Situation angeboten wird, ist die Produktivitätssteigerung mittels Dünger, Pestiziden, ertragreicheren Reissorten oder der direkte Umstieg auf den Anbau von Cash Crops. Diese Alternative, die von verschiedenen im Schutzgebiet tätigen Regierungseinrichtungen und Entwicklungs-NGOs propagiert und unterstützt wird, führt aber, abgesehen davon, daß die überwiegende Mehrheit der Karen im Gebiet sie ablehnt, letztlich zur eigenen Delegitimierung als nachhaltige Nutzer und Schützer des Gebiets.

Im Frühjahr 1999 wurden die Daumenschrauben noch etwas fester angezogen und anscheinend eine Art 'Testballon' für eine neue Schutzgebietspolitik gestartet.

Im Mai 1998, zu einer Zeit in der die Chom Thong Kontroverse zum ersten mal hochkochte, hatte der neue Generaldirektor des RFD Plodprasop Suraswadi mit dem Oberbefehlshaber der Armee General Chettha Thanajaro ein Abkommen auf nationaler Ebene geschlossen, in dem das RFD dem Militär sehr weitgehende Befugnisse bei der Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags einräumte und die Finanzierung der erforderlichen Aktionen zusagte.³⁰ Das Abkommen wurde als Resultat der Bemühungen des RFD dargestellt, verschiedene Teile des Staatsapparates, die in der Vergangenheit z.T. sehr unterschiedliche Interessen in ihrer Forstpolitik verfolgt hatten, auf ein gemeinsames Vorgehen zu verpflichten. Unter der Oberaufsicht des RFD soll demnach das Militär für die Waldgebiete verantwortlich sein in denen 'illegale Immigration' und illegaler Holzeinschlag im großen Stil stattfindet, das Innenministerium für die Gebiete, in denen die illegale Waldnutzung durch einfache Bauern vorherrscht. Damit war implizit das Innenministerium für die ethnischen Thais zuständig und das Militär für die ethnischen Minderheiten und den organisierten illegalen Holzeinschlag großen Stils.

Der Oberbefehlshaber Gen. Chettha fühlte sich der Aufgabe, an der das RFD bisher gescheitert war, durchaus gewachsen, solange man ihm für die seiner Obhut anvertrauten Gebiete nur uneingeschränkte Verfügungsgewalt ("absolute power") und das für die erforderlichen Aktionen nötige Budget gewähren würde. Als mögliche Einsatzgebiete wurden schon bei der Unterzeichnung des Abkommens zwei Wildschutzgebiete ins Au-

³⁰ Im Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary selbst hatte dieses nationale Abkommen einen regionalen Vorläufer. Bereits 1991, nach der Erklärung des Wildlife Sanctuaries zur World Heritage Site, hatte das RFD dem Militär ein monatliches Budget von 800.000.- Baht (ca. 40.000.- DM) zur Verfügung gestellt, mit dem Auftrag, die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, konkret die Nutzung der über drei Jahre alten Bracheflächen, in Thung Yai zu verhindern und den Zuzug 'illegaler Immigranten' zu kontrollieren. (Nation 27.5.99; BP 30.5.99)

ge gefaßt. Eines ist das Salween Wildlife Sanctuary, das über Monate hinweg in den Schlagzeilen war, weil dort mit Beteiligung von RFD-Beamten in großem Maßstab illegal Holz eingeschlagen, nach Burma transportiert, und von dort als 'legale' Holzimporte wieder nach Thailand eingeführt wurde. Das zweite Gebiet ist das Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary, in dem vergleichbare Skandale fehlen, das aber als zentrales Teilgebiet des Western Forest Complex nach Wunsch des RFD möglichst 'menschenfrei' sein sollte. (Nation 9.5.98; BP 2.7.98)

Im April 1999 erklärte Lt-Gen Tawee Suwanasingha, Kommandeur der Ersten Armee, eine kürzlich durchgeführte Untersuchung habe acht Siedlungen im Thung Yai Naresuan Wildschutzgebiet festgestellt, deren Bewohner (Karen) umgesiedelt werden müßten, um den Wald vor der Ausbeutung durch neue Siedler und 'Einflußreiche Personen' zu schützen, weshalb er die Ergebnisse der Untersuchung und den Vorschlag für die Evakuierung des Gebietes an die zuständigen Stellen weiterleiten werde. (BP 10.4.99; BP 22.4.99)

Damit benötigte das Militär über ein Jahr, um Siedlungen zu identifizieren, die seit Jahrzehnten in das thailändische Verwaltungssystem integriert sind und zum Teil seit über hundert Jahren am selben Ort existieren. Man mag dies bürokratischer Ineffizienz militärischer Aufklärungsarbeit im eigenen Land zuschreiben, wahrscheinlicher ist aber, daß RFD und Militär im April 1999 das politische Klima für derartige Aktionen für günstiger hielten als noch ein Jahr zuvor. Als das Abkommen im Mai 1998 unterzeichnet wurde, waren die April 1997 Resolutionen noch in Kraft. Der gemeinsame Gesetzesentwurf von NGOs und Forstverwaltung war zwar nicht zur Verabschiedung gelangt, aber noch immer saßen Vertreter der NGOs im Komitee zu seiner Überarbeitung. Ein Jahr später galten die April 1997 Resolutionen nicht mehr, die Chom Thong Auseinandersetzungen in Chiang Mai hatten das Bild der waldzerstörenden 'Hilltribes' wiederbelebt und das RFD hatte einen eigenen Gemeindeforestgesetzentwurf in der Schublade, der zwei Monate später bereits in das Kabinett eingebracht werden sollte.

Die Zeit schien günstig, um kalkulierten Staatsterror und menschenverachtende bürokratische Strategien Realität werden zu lassen:

Am 13. April 1999 flog der Generaldirektor des RFD Plodprasop Suraswadi³¹ mit seinem Hubschrauber auf einen Inspektionstrip in eines 'seiner' Wildschutzgebiete und landete zufällig mitten in der jährlich stattfindenden größten religiösen Zeremonie der Karen im Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary, die die Karen in der großen Savanne³² inmitten des Schutzgebiets vom 13. bis zum 15. April zu feiern gedachten.

Den Erinnerungen des Generaldirektors zufolge hatte er eine durchweg friedliche und freundschaftliche Begegnung mit einigen ernsten und feierlich gestimmten Menschen.

³¹ Der Generaldirektor war in Begleitung von Sanan, einem seiner Abteilungsdirektoren, sowie dem Direktor des benachbarten Wildschutzgebietes Huai Kha Khaeng, Sa-nguan. Der Direktor des Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuaries Kamolchai Boonchai war zunächst nicht anwesend, wurde aber wenig später mit dem Hubschrauber abgeholt. (BP 16.5.99)

³² Das knapp 5,000 ha große savannenartige Grasland ist ökologisch einzigartig und hat dem Schutzgebiet als 'Thung Yai', das 'große Feld', den Namen gegeben. Von den Karen wird das Gebiet 'Saesawo' genannt, der 'Ort der Einsiedler/Eremiten/'Heiligen', und spielt in den Geschichten und Mythen der Karen in Thung Yai sowie für ihr Selbstverständnis eine herausragende Rolle als Ort, an dem ihre spirituellen (und leiblichen) Vorfahren sich zur Meditation zurückzogen und sich die Grundlagen ihrer Kultur und Religion entwickelten.

Sie waren in nette Gewänder gekleidet und empfingen ihn mit fremdartigen Gesten, indem sie ihre Brust berührten und seine Hand schüttelten, was er als ihre Art Besucher zu begrüßen interpretierte. (BP 16.5.99)

Die Karen haben die Begegnung anders in Erinnerung. Jokie Karnchanakrangkla zufolge, einem der Karen die anlässlich der jährlichen religiösen Zeremonie für längere Meditationen in die Savanne gekommen waren, schwang der RFD Direktor in Förster-Uniform ein Sturmgewehr und befahl den Karen ihre Meditationshöhle zu verlassen, veranlaßte den Abbruch der Zeremonien und ließ später drei nahe gelegene Hütten, die für rituelle Zwecke errichtet worden waren, niederbrennen. (BP 15.5.99; Nation 15.5.99)

In irritierendem Widerspruch zu Aussagen des RFD Direktors, der von keinerlei militärischen Einsätzen im Schutzgebiet wissen will, stehen auch die Aussagen des Kommandeurs der für das Gebiet zuständigen Armee-Einheit, Lt-Gen Taweep Suwanasingha. Er berichtet, allerdings Wochen später, daß seine Einheiten drei religiöse Schreine der Karen niedergebrannt hätten. Seine Leute hätten sich dabei strikt an seine Anweisungen gehalten, um das Schutzgebiet vor den Übergriffen der lokalen Karen (gegenüber der Nation, 27.5.99), bzw. illegaler Immigranten (in der BP vom 30.5.99) zu schützen. Sie seien dabei lediglich etwas zu heftig vorgegangen, wofür sie ermahnt worden seien. (Nation 27.5.99; BP 30.5.99)

Vom 18. April bis zum 12. Mai, als in Chiang Mai die Versammlung und Zwangsauflösung der Demonstration der ethnischen Minderheiten stattfand, zog eine Gruppe aus Militäreinheiten und Forstbeamten marodierend durch die verschiedenen Dörfer des Gebietes. Von den Dorfbewohnern verlangten sie den Reisanbau einzustellen und z.T. innerhalb von 30 Tagen ihre Hütten selbst abzureißen. Darüber hinaus wurden Küchenutensilien, landwirtschaftliche Geräte und anderes Eigentum zerstört. In den Feldern wurden die Feldhütten niedergerissen, die alljährlich vor Beginn der Anbauphase als temporäre Schutzhütten dort gebaut werden, ein Reisspeicher abgebrannt und in den Dörfern einzelne Hütten zerstört. (BP 13.5.99; BP 15.5.99; Nation 15.5.99; BP 30.5.99)

In verschiedenen Interviews Wochen nach diesen Vorfällen, weiß der Generaldirektor des RFD nach wie vor nichts von militärischen Einsätzen im Schutzgebiet. Das Militär scheint da schon eher auf dem Laufenden und auskunftsfreudiger zu sein, durchaus im Bewußtsein der Leistung, die man für das Wohl der Nation erbracht hat. Man wolle die Karen ja nicht aus dem Schutzgebiet vertreiben, sondern sie lediglich an einem Platz konzentrieren, um sie so besser kontrollieren zu können. (BP 16.5.99; Nation 27.5.99; BP 30.5.99)

Die Aktionen im Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary werden vom Kommandeur Lt.-Gen. Taweep gar als 'Pilotprojekt' bezeichnet, mit dem Ziel der Kontrolle lokaler Gemeinschaften im Kampf gegen die Waldzerstörung durch Menschen, die in und um Schutzgebiete leben. (Nation 30.5.99)

Regionale NGOs und Umweltaktivisten halten die vom Militär angeführten Gründe für die Aktionen, neue Rodungen zur Ausdehnung der Anbauflächen und illegale Immigration, für vorgeschoben. Sie vermuten andere Gründe hinter den Aktionen: die Absicht des RFD auf dem Berg Khao Kaphieodaeng in der Nähe der Savanne ein Resort und Empfangsgebäude zu bauen sowie eine generelle Strategie des RFD, die Karen, die sie

legal bisher nicht gegen ihren Willen umsiedeln können, durch Terror und Entzug ihrer Lebensgrundlage aus dem Schutzgebiet zu vertreiben. (Nation 15.5.99)

Die Zielstrebigkeit und Skrupellosigkeit, mit der die militärischen Aktionen durchgeführt wurden, die Offenheit, mit der sie als ein 'Pilotprojekt' für eine neue Schutzgebietspolitik dargestellt werden, zeugt vom Erfolg der Ausgrenzungsstrategie. Im Gegensatz zur Demonstration ethnischer Minderheiten in Chiang Mai, die danach niemand aufgelöst haben wollte, kann das Militär seine Aktionen in Thung Yai stolz der Öffentlichkeit präsentieren. Während ersteres demokratische Rechte politischer Meinungsäußerung angreift, und daher auch von der thailändischen Öffentlichkeit als illegitime staatliche Repression empfunden wird, ist letzteres lediglich ein Angriff auf die (Menschen-)Rechte von 'Hilltribes' deren Mitglieder wahrscheinlich nicht einmal die thailändische Staatsbürgerschaft besitzen (siehe oben). Die Tatsache, daß solche Menschenrechtsverletzungen nur sehr eingeschränkt Widerhall und Proteste in der thailändischen Öffentlichkeit hervorrufen, läßt befürchten, daß die Ausgrenzungsstrategie, die zunehmend rassistische Minderheiten- und Umweltpolitik des Staates erfolgreich ist.

8. Aktion und Reaktion: Zivilgesellschaft als dialektischer Prozeß

Die jüngsten Aktionen und Äußerungen der Forstverwaltung und des Militärs bergen in ihrem forstpolitischen Kern wahrlich nichts Neues. Neu aber ist der deutlich rassistische Ton, die Ausgrenzung ethnischer Minderheiten, die in der angedachten Kopplung von Gemeindewald-Nutzungsrechten und thailändischer Staatsbürgerschaft ebenso sichtbar wird wie in den Menschenrechtsverletzungen gegenüber Angehörigen ethnischer Minderheiten. Diese Entwicklung liegt in der Logik des dialektischen Prozesses, der das Verhältnis von Zivilgesellschaft, Staat und Machteliten nicht nur in Thailand bestimmt.

Nachdem ein autoritäres und repressives Herrschaftssystem Ende der 70er Jahre, nicht zuletzt als Reaktion auf das demokratische Zwischenspiel von 1973 bis 1976, Zivilgesellschaft als Bestandteil des politischen und auch gesellschaftskritischen Raumes faktisch abgeschafft hatte, ging es in den Anfängen der heutigen thailändischen Zivilgesellschaft zunächst darum, sich den Freiraum zu erkämpfen, politische Realität und gesellschaftliche Machtverhältnisse wieder öffentlich zur Diskussion stellen zu können.

Auseinandersetzungen, in denen es vordergründig um Natur- und Umweltschutz ging, denen aber Macht- und Verteilungskonflikte zugrunde lagen, boten die Möglichkeit, einen international bereits etablierten Umweltdiskurs zur Erweiterung des nationalen politischen Raumes zu nutzen. Diese Auseinandersetzungen wurden in den 80er Jahren zum zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeld in dem sich Zivilgesellschaft konstituierte. Das Anliegen des Umweltschutzes konnte staatlicherseits nicht einfach als kommunistische Hetze abgetan und verfolgt werden. Diese bewährte staatliche Ausgrenzungsstrategie vergangener Jahre, mit der jegliche politische Opposition mundtot gemacht worden war, funktionierte hier nur begrenzt, vor allem, weil Umweltschutz als Ziel von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde.

Auch dort, wo der Naturschutz, wie in der Nam Choan Kampagne, noch am deutlichsten eine wichtige Rolle spielte, ging es im Kern der Auseinandersetzungen um Ressourcen- und Verteilungskonflikte, um grundsätzliche Kritik am thailändischen Entwicklungsweg und um die Veränderung von Machtverhältnissen. Der gemeinsame Nenner

'Naturschutz' ermöglichte hier ein breites Bündnis zwischen Akteuren, die mit der Kritik an Nam Choan fundamentale Gesellschaftskritik verbanden und Akteuren, denen eine solche Kritik fern lag, die z.T. als Vertreter gesellschaftlicher Machteliten und des Staatsapparates selbst Ziel dieser Kritik waren.

Der Sieg des demokratischen Protestes eines breiten Bündnisses zivilgesellschaftlicher Akteure gegenüber Staatsapparat und gesellschaftlichen Eliten in der Nam-Choan-Kontroverse, war von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Thailand. Hier wurde der öffentliche politische Raum geschaffen, in dem sich die Institutionalisierung und Differenzierung von Zivilgesellschaft vollziehen konnte.

In der Debatte um das Gemeindewaldgesetz versuchten dann unterprivilegierte Gruppen, Vertreter der ländlichen Bevölkerung, und zwar durchaus der ärmeren Teile dieser ländlichen Bevölkerung, staatliche Macht, nämlich die gesetzgeberische Initiative, für ihre Interessen zu nutzen. Sie waren damit zunächst so erfolgreich, daß die Forstverwaltung gezwungen war, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen, um einen gemeinsamen Gesetzentwurf auszuarbeiten und die Regierung in Kabinettsbeschlüssen ihre Forderungen zumindest zum Teil erfüllte.

Diese Zugeständnisse des Staatsapparates an Teile der Zivilgesellschaft kamen nicht von ungefähr: eine Rückkehr zu autoritären Regimes war nicht mehr ohne weiteres möglich, nachdem erfolgreiche Massendemonstrationen im Mai 1992 die Militärregierung zum Rücktritt gezwungen hatten, trotz der Versuche, die Proteste mit Waffengewalt niederzuschlagen. Auch in diesen Massendemonstrationen zeigte sich die Macht der Einheit: der neue Mittelstand, die HandybesitzerInnen und MercedesfahrerInnen demonstrierten gemeinsam mit den IndustriearbeiterInnen, bäuerlichen SaisonarbeiterInnen und StudentInnen.

Jenseits dieser Extremsituation, in der zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer ganzen Heterogenität die Grundlagen ihrer Existenz gegen ein autoritäres Regime verteidigte, wurden die Differenzen und Gräben innerhalb der Zivilgesellschaft jedoch immer größer. Nicht zuletzt weil die Öffnung des politischen Raumes erfolgreich gegen staatliche Repression verteidigt wurde, müssen diejenigen Gruppen, die zuvor ihre Interessen primär mit Hilfe des Staates durchsetzen konnten, zunehmend selbst zu zivilgesellschaftlichen Akteuren werden.

Gesellschaftliche Gruppen, die als Angehörige der Oberschicht gewiss nicht zu den Unterprivilegierten zählen, greifen zu Formen des Protests, die vor wenigen Jahren noch dem 'Mob' vorbehalten waren. Akademiker, die sich politisch äußern, argumentieren für eine repressive Ressourcenpolitik. Ökonomisch privilegierte Gruppen verstehen es, Verteilungskonflikte so umzudefinieren, daß ihre Interessen nicht als die von Plantagenbesitzern gesehen werden, sondern als nationales Interesse aller Thai, das von Staats und Rechts wegen gegen Minderheitengruppen verteidigt werden muß.

Teile des Staatsapparates wiederum nutzen und schüren diese aufbrechenden Konflikte innerhalb der Zivilgesellschaft, um eigene Interessen durchzusetzen und Staatsmacht, über die Ausgrenzung von ethnischen Minderheiten und deren Diskriminierung, zu festigen. In diesem Kampf gegen die Ausgegrenzten werden auch Praktiken hingenommen, die in anderen Kontexten breiten öffentlichen, zivilgesellschaftlichen Widerstand hervorrufen würden.

Wie erfolgreich diese staatliche Strategie in der Ressourcen- und Umweltpolitik ist, bleibt noch offen. Während der organisierte Widerstand der ethnischen Minderheiten und der sie unterstützenden NGOs und Akademiker hoffen lassen, stimmt das verhaltene Echo auf die Menschenrechtsverletzungen in Thung Yai eher düster, was die Perspektiven einer weiteren Demokratisierung sowie einer effektiveren Kontrolle und Einschränkung staatlicher Macht angeht.

Dieses dialektische Verhältnis von Staat, Machteliten und Zivilgesellschaft, das wir anhand der jüngeren Ressourcenkonflikte in Thailand analysiert haben, hat durchaus allgemeineren Charakter und eine innere Logik.

Nicht nur in Thailand sichern sich gesellschaftliche Eliten ihre Interessen und Positionen über einen autoritär-repressiven Staatsapparat. Indem gesellschaftskritische Gruppen im Widerstand zu diesem Herrschaftsapparat zivilgesellschaftliche Freiräume erstreiten, werden staatliche Definitions- und Gestaltungsmacht eingeschränkt und Interessen von Machteliten in Frage gestellt und beschnitten.

Mit der erfolgreichen Institutionalisierung und Legalisierung dieser Freiräume und Handlungsmöglichkeiten, also einem gelungenen Demokratisierungsprozeß, wird Zivilgesellschaft zunehmend durch verschiedenste gesellschaftliche Interessengruppen organisiert und genutzt.

Insbesondere die gesellschaftlichen Gruppen, die ihre Positionen und Interessen zuvor über den Staatsapparat absichern konnten, sehen mit der Einengung dieses Apparates ihre Interessen gefährdet und gehen zunehmend dazu über, sich stärker zu organisieren und auch öffentlich zu agieren.

Über ihre Funktion als Herrschaftsinstrumente mächtiger gesellschaftlicher Gruppen hinaus, sind Staatsapparate i.d.R. selbst heterogene Gebilde verschiedener Akteure, mit unterschiedlichsten institutionellen und privaten Interessen.

Je mehr ihre autoritär-repressiven Handlungsmöglichkeiten durch eine kritische zivile Öffentlichkeit kontrolliert und begrenzt werden, desto stärker sind staatliche Akteure zur Durchsetzung ihrer Interessen gezwungen, Koalitionen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen einzugehen deren Ziele sich mit ihren in Übereinstimmung bringen lassen, bzw. diese Gruppen zu initiieren oder zu fördern.

Um schließlich gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit verloren gegangene Handlungsspielräume und Machtpositionen zurück zu gewinnen, eignen sich insbesondere Ausgrenzungsstrategien in der Form von Rassismen und 'Teile und Herrsche'-Strategien. Damit können 'unliebsame', eigenen Interessen im Weg stehende gesellschaftliche Gruppen isoliert werden, zudem, durch die Projektion des Konfliktpotentials auf die 'Anderen', Ausgegrenzten, der interne Zusammenhalt erhöht und interne Interessengegensätze kaschiert sowie das Herrschaftssystem stabilisiert werden.

In Thailand spielten und spielen NGOs, POs und engagierte AkademikerInnen eine ganz entscheidende Rolle in diesen Prozessen. Ihre Rollen und Funktionen sind ihrer Heterogenität entsprechend höchst vielfältig. Hinsichtlich ihrer Bedeutung für die beschriebenen Prozesse lassen sie sich grob wie folgt einteilen.

Gesellschaftskritische NGOs, die sich meist in der Tradition des studentischen Widerstands sehen sowie sozial engagierte AkademikerInnen, die sich zunehmend auch in Gruppen zusammenfinden, waren maßgeblich an der Öffnung und Organisation einer

kritischen politischen Öffentlichkeit beteiligt und tragen bis heute ganz wesentlich den öffentlichen Widerstand gegen repressive Tendenzen in Staatsapparat und Zivilgesellschaft. Durch ihr Engagement für soziale Randgruppen oder marginalisierte Gruppen in Ressourcenkonflikten, arbeiten sie nicht zuletzt auch auf die Veränderung bestehender Machtverhältnisse hin.

Darüber hinaus haben marginalisierte gesellschaftliche Gruppen wie Kleinbauern und ethnische Minderheiten mehr oder weniger starke Interessenvereinigungen gebildet, die durchaus auch mit gesellschaftsveränderndem Anspruch, für die eigenen Interessen kämpfen.

Ein breites Spektrum in verschiedensten Bereichen tätiger NGOs widmet sich ebenfalls der Verbesserung der Lebensverhältnisse sozial benachteiligter Gruppen, ohne damit aber primär gesellschaftsverändernde Ziele zu verbinden, oder bestehende Machtverhältnisse in Frage stellen zu wollen. Ziel ist es, die sozialen Fehlentwicklungen und Defizite eines Entwicklungsprozesses auszugleichen, der als solcher durchaus erwünscht ist. Im Rahmen der derzeit dominierenden Entwicklungsvorstellungen übernehmen diese Organisationen wichtige gesellschaftsstabilisierende Funktionen.

Im Lager der 'Peoples' orientierten NGOs finden sich schließlich auch die Organisationen, die mit dem Engagement für sozial Benachteiligte durchaus auch Vorstellungen von einer anderen 'besseren Gesellschaft' verbinden, diese aber weniger in der Veränderung bestehender Machtstrukturen suchen, als vielmehr in der Rückkehr zu bewährten traditionellen sozialen Organisationsformen der Thai, die an moderne Verhältnisse angepaßt werden sollen.

Auch im Lager der 'Conservation' orientierten NGOs finden sich zahlreiche Gruppen, die diesen 'traditionalistischen' Ansatz teilen und sich von der Rückkehr zu traditionellen subsistenzorientierten Landnutzungssystemen die Lösung der Umweltprobleme erhoffen.

Hier finden sich aber auch die meist einflußreichen Naturschutz-Organisationen, die sich dem Naturschutz in einem eher 'westlichen' Verständnis verschrieben haben. Sie werden überwiegend von engagierten Umweltschützern der Mittel- und Oberschicht getragen, die, über ihr unmittelbares Anliegen des Naturschutzes hinaus, ein eher geringes gesellschaftskritisches Interesse mitbringen.

Ein Teil der 'Conservation' orientierten NGOs verbindet schließlich mit ihrem Bekenntnis zum Umweltschutz überwiegend partikulare Interessen und steht politisch eher den lokalen und/oder nationalen Machteliten nahe.

Im Hinblick auf die sich abzeichnende rassistische Ausgrenzungsstrategie im Rahmen der Schutzgebiets- und Forstpolitik läßt diese Analyse nicht unbedingt hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Die Chancen für ein breites Bündnis, das sich dieser Strategie entgegenstellt, scheinen nicht sehr vielversprechend.

In dieser Situation könnte transnationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen eine entscheidende Rolle zukommen: im Chom Thong Konflikt versuchten bereits beide Seiten, internationale Unterstützung zu bekommen. Es steht zu erwarten, daß internationale Umweltschutzorganisationen sich den Argumenten der internationalen Menschenrechtsorganisationen nicht verschließen werden und rassistische Ausgrenzungsstrategien auf internationaler Ebene schlechter funktionieren als auf nationaler, wo sie an die jeweils gesellschaftsspezifischen Nationalismen und Rassismen anknüpfen können.

Das deutliche Engagement der in Thailand tätigen internationalen Umwelt- und Entwicklungs-NGOs für Menschen- und Minderheitenrechte und gegen eine Ausgrenzungsstrategie gegenüber ethnischen Minderheiten, könnte durchaus bewirken, daß sich in Thailand eine breitere Widerstandsfront gegen diese Strategie bildet, als sich das derzeit hoffen läßt.

Welche Dynamik das historisch neue Phänomen der transnationalen Zivilgesellschaft in die historisch weniger neue Dialektik von Zivilgesellschaft, nationalen Eliten und Nationalstaat bringen wird und kann, muß (und wird) die weitere Entwicklung zeigen.

Literaturverzeichnis

- ALEXANDER, Jeffrey C.. (1998). *Real civil societies. Dilemmas of institutionalization*. London: Sage.
- AMARA PONGSAPICH. (1995). Strengthening the role of NGOs in popular participation. In JATURONG BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 9-50). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- AMARA PONGSAPICH. (1996a). Nongovernmental organizations in Thailand. In YAMAMOTO, Tadashi (Hrsg.), *Emerging civil society in the Asia Pacific community. Nongovernmental underpinnings of the emerging Asia Pacific regional community* (A 25th anniversary project of JCIE, 2. Aufl., S. 245-270). Singapore: Institute of Southeast Asian Studies.
- AMARA PONGSAPICH. (1996b). Philanthropy in Thailand. In YAMAMOTO, Tadashi (Hrsg.), *Emerging civil society in the Asia Pacific community. Nongovernmental underpinnings of the emerging Asia Pacific regional community* (A 25th Anniversary Project of the JCIE, 2. Aufl., S. 637-661). Singapore: Institute of Southeast Asian Studies.
- APICHAJ PUNTASEN; SOMBOON SIRIPRACHAI; CHAIYUTH PUNYASAVATSUT. (1992). Political economy of Eucalyptus: Business, bureaucracy and the Thai government. *Journal of Contemporary Asia*, 22, 187- 206.
- BECK, Ulrich. (1996). Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik. Ökologische Fragen im Bezugsrahmen fabrizierter Unsicherheiten. In DIEKMANN, Andreas; JAEGER, Carlo C. (Hrsg.), *Umweltsoziologie* (Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Band 36, S. 119-147). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- BRENNER, Verena; BUERGIN, Reiner; KESSLER, Christl; PYE, Oliver; SCHWARZMEIER, Rainer; SPRUNG, Rolf-Dieter. (1999). *Thailand's community forest bill: U-turn or roundabout in forest policy?*. SEFUT Working Paper, Graduate College Socio-Economics of Forest Use in the Tropics and Subtropics, Freiburg.
- BRUNNER, Gundula. (1996). *Die Außenpolitik Thailands 1959-1971* (Mit einer politischen Biographie des thailändischen Außenministers Thanat Khoman). Deutsche Hochschuledition, ars una, Neuried.
- CHAI-ANAN SAMUDAVANIJA. (1989). Thailand: A stable semi- democracy. In DIAMOND, Larry; LINZ, Juan J.; LIPSET, Seymour Martin (Hrsg.), *Democracy in developing countries* (Asia, Band 3, S. 304-346). Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- CHAI-ANAN SAMUDAVANIJA. (1990). Educating Thai democracy. *Journal of Democracy*, 1, 104-115.
- COHEN, Jean L.; ARATO, Andrew. (1992). *Civil society and political theory*. Cambridge: MIT Press.
- DELCORE, Henry. (1998). *Labor migration and anti-mobility: Development debates as a struggle for local power* (Paper presented at the 97th Annual Meeting of the American Anthropology Association, University of Wisconsin-Madison, Department of Anthropology, Philadelphia, 2.-6. December 1998)
- DEMIROVIC, Alex. (1997). *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- FAO (Hrsg.). (1993). *Forestry policies of selected countries in Asia and the Pacific* (FAO Forestry Paper, Band 115). Rome.
- GAWIN CHUTIMA. (1995). Thai NGOs and civil society. In JATURONG

- BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 135-144). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- HALL, John A. (Hrsg.). (1995). *Civil society. Theory, history, comparison*. Cambridge: Polity Press.
- HALL, John A. (1995). In search of civil society. In HALL, John A. (Hrsg.), *Civil society. Theory, history, comparison* (S. 1- 31). Cambridge: Polity Press.
- HEINS, Volker. (1998). Globalisierung und Demokratie - Zur zweiten Runde der Diskussion um die 'Zivilgesellschaft'. *Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung* (Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main), 49-69.
- HEWISON, Kerry. (1996a). Political oppositions and regime change in Thailand. In RODAN, Gary (Hrsg.), *Political oppositions in industrialising Asia* (The New Rich in Asia Series. Edited by Richard Robinson and David S. Goodman, Band 2, S. 72-94). London: Routledge.
- HEWISON, Kerry; RODAN, Garry. (1996). The ebb and flow and the decline of the left in Southeast Asia. In RODAN, Gary (Hrsg.), *Political oppositions in industrialising Asia* (The New Rich in Asia Series. Edited by David S. Goodman and Richard Robinson, Band 1, S. 40-72). London: Routledge.
- HEWISON, Kevin (Hrsg.). (1997). *Political change in Thailand. Democracy and participation*. London: Routledge.
- HEWISON, Kevin. (1997). The monarchy and democratisation. In HEWISON, Kevin (Hrsg.), *Political change in Thailand. Democracy and participation* (S. 58-74). London: Routledge.
- HIRSCH, Philip H. (1990). Forests, forest reserve, and forest land in Thailand. *The Geographical Journal*, 156, 166-174.
- HIRSCH, Philip H. (1993). *Political economy of environment in Thailand*. Manila: Journal of Contemporary Asia Publishers.
- HIRSCH, Philip H. (1997). The politics of environment: Opposition and legitimacy. In HEWISON, Kevin (Hrsg.), *Political change in Thailand. Democracy and participation* (S. 179-194). London: Routledge.
- JANOSKI, Thomas. (1998). *Citizenship and civil society. A framework of rights and obligations in liberal, traditional, and social democratic regimes*. Cambridge: Cambridge University Press.
- JATURONG BOONYARATTANASOONTORN. (1995). Globalization and Thai NGOs strategies. In JATURONG BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 145-158). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- JATURONG BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.). (1995). *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- JI UNGPAKORN. (1997). *The struggle for democracy and social justice in Thailand*. Bangkok: Arom Pongpangan Foundation.
- KARUNAN, Victor P. (1995). Introduction. In JATURONG BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 4-8). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- KEANE, John (Hrsg.). (1988). *Civil society and the state. New European perspectives*. London: Verso.

- KECK, Margaret E.; SIKKINK, Kathryn. (1998). *Activists beyond borders. Advocacy networks in international politics*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- KEYES, Charles Fenton. (1987). *Thailand: Buddhist kingdom as modern nation-state*. Colorado: Westview Press.
- KING, Daniel; LOGERFO, Jim. (1996). Thailand: Toward democratic stability. *Journal of Democracy*, 7, 102-117.
- KÖBLER, Reinhart; MELBER, Henning. (1993). *Chancen internationaler Zivilgesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- KREUZER, Peter. (1996). *Generäle in der Politik. Politische Kultur, Streitkräftekultur und das Verhalten militärischer Eliten im politischen Raum: China - Japan - Thailand*. Europäische Hochschulschriften, Frankfurt a.M.
- KRISADAWAN HONGLADAROM. (1999). *Competing discourses on hilltribes: Media representation of ethnic minorities in Thailand* (Paper prepared for the 7th International Conference on Thai Studies, Amsterdam, 4-8 July 1999). IIAS; Univ. of Amsterdam, Amsterdam.
- LIPSCHUTZ, Ronnie D. (1998). Vor dem Schleier des Nichtwissens. Staaten, Ökologie und Zeitpolitik. In FLITNER, Michael; GÖRG, Christoph; HEINS, Volker (Hrsg.), *Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik* (S. 63-86). Opladen: Leske + Budrich.
- LOGERFO, Jim. (1996). Attitudes toward democracy among Bangkok and rural northern Thais. The great divide. *Asian Survey*, 36, 904- 923.
- LOHMANN, Larry. (1991). Peasants, plantations, and pulp: The politics of eucalyptus in Thailand. *Bulletin of Concerned Asian Scholars* (Berthoud, Colorado), 23, 3-18.
- LOHMANN, Larry. (1995a). No rules of engagement: Interest groups, centralization and the creative politics of 'environment' in Thailand. In RIGG, Jonathan (Hrsg.), *Counting the costs. Economic growth and environmental change in Thailand* (ISEAS Environment and Development Series, S. 211-234). Singapore: Institute of Southeast Asian Studies.
- LOHMANN, Larry. (1996). Freedom to plant: Indonesia and Thailand in a globalizing pulp and paper industry. In PARNWELL, Michael J.G.; BRYANT, Raymond L. (Hrsg.), *Environmental change in South- East Asia. People, politics and sustainable development* (S. 23- 48). London; New York: Routledge.
- MALEE TRAISAWASDICHAI. (1992). A hard-won inheritance. *Nation* (Bangkok) (April 2).
- NART TUNTAWIROON; POONSAB SAMOOTSAKORN. (1984). Thailand's dam building programme: Past, present and future. In GOLDSMITH, Edward; HILDYARD, Nicholas (Hrsg.), *The social and environmental effects of large dams* (Case studies, Band 2, S. 291-303). Wadebridge: Ecological Centre.
- PARSDORFER, Christine. (1999). Rädchen im Getriebe der Macht. Das Konzept der internationalen Zivilgesellschaft. In BUKO, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (Hrsg.), *kölnehen. Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus* (Broschüre zu EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln, Juni 1999, S. 27-30). Hamburg: BUKO.
- PASUK PHONGPAICHIT. (1999). *Civilising the state: state, civil society and politics in Thailand* (Paper prepared for the 7th International Conference on Thai Studies, Amsterdam, 4-8 July 1999). IIAS; Univ. of Amsterdam, Amsterdam.
- PASUK PHONGPAICHIT; BAKER, Chris. (1996). *Thailand's boom!*. Chiang Mai: Silkworm Books.

- PASUK PHONGPAICHIT; BAKER, Chris. (1997). Power in transition: Thailand in the 1990s. In HEWISON, Kevin (Hrsg.), *Political change in Thailand. Democracy and participation* (S. 21-42). London: Routledge.
- PASUK PHONGPAICHIT; BAKER, Chris. (1997). *Thailand. Economy and politics*. Oxford: Oxford University Press.
- PERAPONG MANAKIT. (1992). *The changing role of the Thai military from orthodox function to national development* (PhD Dissertation). Fakultät für Soziologie, Bielefeld.
- PFIRRMANN, Claudia; KRON, Dirk. (1992). *Environment and NGOs in Thailand*. Bangkok: Friedrich-Naumann-Foundation.
- PIRSCHER, Frauke. (1990). Aufforstung durch Eukalyptus - eine Katastrophe für Mensch und Umwelt. *BUKO-Agrar-Dossier, IV/90*, 15- 18.
- PRAWASE WASI. (1995). Building learning global community: Key for the future. In JATURONG BOONYARATTANASOONTORN (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 159-164). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- PRAYUDH SRIBHIBHADH; RAPEE JUNTAROGOL; MEAD, Emilie. (1987). *Consider the costs: A position paper on the Nam Choan Dam*. Wildlife Fund Thailand, Bangkok.
- Project for Ecological Recovery (PER). (1992). *The future of people and forests in Thailand after the logging ban*. Bangkok: Paap Pim Printing.
- PRUDHISAN JUMBALA. (1992). *Nation-building and democratization in Thailand: A political history*. Bangkok: Chulalongkorn University, Social Research Institute.
- PRUDHISAN JUMBALA; MANEERAT MITPRASAT. (1997). Non-governmental development organizations: Empowerment and environment. In HEWISON, Kevin (Hrsg.), *Political change in Thailand. Democracy and participation* (S. 195-216). London: Routledge.
- ROBERTSON, Jr., Philip S. (1996). The rise of the rural network politician. Will Thailand's new elite endure?. *Asian Survey*, 36, 924-941.
- RODDAN, Kay Laura. (1993). *To defend ourselves. Common property management of forests in Northern Thailand*. University of British Columbia.
- RÜLAND, Jürgen; BHANSOON LADAVALYA. (1993). *Local associations and municipal government in Thailand*. Freiburg: Arnold- Bergstraesser-Institut.
- RUENG SUKSAWAT. (1995). Behind the Thai NGOs. In JATURONG BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 51-68). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- SANEH CHAMARIK. (1995). Democracy in development perspective. In JATURONG BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 172-188). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).
- SATIP SUKATIPAN. (1991). Broadcast media and the politics in Thailand. In HERNANDEZ, Carolina; PFENNIG, Werner (Hrsg.), *Media and politics in Asia: Trends, problems and prospects* (Based on a Conference on 'Media and Politics in Asia' in Manila, March 1990, S. 77-87). Manila: U.P. Center for Integrative and Development Studies; National Institute for Policy Studies, Friedrich Naumann Foundation.

SOYEZ, Dietrich; BARKER, Mary L. (1998). Transnationalisierung als Widerstand: Indigene Reaktionen gegen Fremdbestimmte Ressourcennutzung im Osten Kanadas. *Erdkunde*, 52, 286-300.

SUTHY PRASARTSET. (1995). The rise of NGOs as critical social movement in Thailand. In JATURONG BOONYARATTANASOONTORN; GAWIN CHUTIMA (Hrsg.), *Thai NGOs: The continuing struggle for democracy* (The perspective, role and experiences of Thai NGOs in social, economic and political development, S. 97-134). Bangkok: Thai NGO Support Project (TNSP).

TAYLOR, Jim. (1996). Thamma-chaat: activist monks and competing discourses of nature and nation in northeastern Thailand. In HIRSCH, Philip H. (Hrsg.), *Seeing forests for trees. Environment and environmentalism in Thailand* (S. 37-52). Chiang Mai: Silkworm Books.

THAI DEVELOPMENT NEWSLETTER. (1994). The coexistence of people and their forests. *Thai Development Newsletter* (Bangkok).

THITINAN PONGSUDHIRAK. (1997). Thailand's media: Whose watchdog?. In HEWISON, Kevin (Hrsg.), *Political change in Thailand. Democracy and participation* (S. 217-232). London: Routledge.

UNGPHAKORN, Peter Mytri; USHER, Ann Danaiya. (1988). The legacy of Nam Choan. *The Nation, Namchoan Inquiry* (Bangkok) (April 18), 33-34.

UNGPHAKORN, Peter Mytri; USHER, Ann Danaiya; TERMSAK C. PALANUPAP. (1988). Nam Choan probe: key factors missing. *Nation* (Bangkok) (March 17).

VANDERGEEST, Peter. (1993). Constructing Thailand: Regulation, everyday resistance, and citizenship. *Comparative Studies in Society and History*, 35, 133-158.

VEERAVAT THIRAPRASAT. (1987). Thung Yai Naresuan and the national forestry policy (Chief of Thung Yai Naresuan Wildlife Sanctuary). In PRAYUDH SRIBHIBHADH; RAPEE JUNTAROGUOL; MEAD, Emilie (Hrsg.), *Consider the costs: A position paper on the Nam Choan Dam* (S. 28-30). Bangkok: Wildlife Fund Thailand.

WATERSHED. (1998). Conflict or resolution? People and forests in northern Thailand. *Watershed* (Bangkok), 4, 10-28.

YAMAMOTO, Tadashi (Hrsg.). (1996). *Emerging civil society in the Asia Pacific community. Nongovernmental underpinnings of the emerging Asia Pacific regional community* (A 25th anniversary project of JCIE, 2. Aufl.). Singapore: Institute of Southeast Asian Studies.

YAMAMOTO, Tadashi. (1996). Integrative report. In YAMAMOTO, Tadashi (Hrsg.), *Emerging civil society in the Asia Pacific community. Nongovernmental underpinnings of the emerging Asia Pacific regional community* (A 25th anniversary project of JCIE, 2. Aufl., S. 1-40). Singapore: Institute of Southeast Asian Studies.